Alhambra

Zeitung & Programm Frühjahr 2016

aus dem Inhalt

Guter Sexismus, schlechter Sexismus
Recht hat, wer am unterdrücktesten ist!
Vom Denken der Nazis noch nicht befreit
Wie treten wir dem Rechtsruck entgegen?
Rassismus gestern, Rassismus zwischendurch, Rassismus heute

alhambra
– grundsätzliches –

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich – oft mit Stress und Nerverei verbunden – tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „Nutzer_innen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel Vertreter_innen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das Nutzer_innen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 0441-21706489
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
IBAN: DE24280501000000430397

zeitung
– unterstützer_innen –

ALSO-Plenum, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Antira-Plenum Oldenburg/Blankenburg, Arbeitskreis Asyl, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Feministisches Plenum, Filmriß, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Infoladen roter strumpf, Jazzclub Alluvium, NaUnd e.V., Oldenburger Rechtshilfe, Die Linke OL, Rosige Zeiten, Tantifa, Wagenburg Blöder Butterpilz

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der Unterstützer_innen wieder. V.i.S.d.P.: F. Kischer

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
31. Juni 2016

Post an die Redaktion:
zeitung@alhambra.de

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ‚Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Editorial 1
Kurzmeldungen 3

vernetzung
FlaFla baut! Autonomes Zentrum hat neues Zuhause 5

psychiatriekritik
„Das ist doch krank?" - Buchvorstellung „Gegendiagnose" 6

erinnerungspolitik
Vom Denken der Nazis noch nicht ganz befreit 10

antirassismus/antisexismus
Guter Sexismus, Schlechter Sexismus 12
„Menschenrechte sind unteilbar!"-Demonstration 15.Januar 16
Rassismus damals, Rassismus zwischendurch, Rassismus heute 18

diskussion
Wie treten wir dem Rechtsruck entgegen? 24
Recht hat, wer am unterdrücktesten ist? 28

Ankündigungen 32

Liebe Leute,

was kann eine Zeitung heute noch bewirken? Hat das Printmedium im Vergleich zu einem Onlineprojekt einen zusätzlichen Nutzen?

Diese und ähnliche Fragen haben wir uns als Redaktionskollektiv der Alhambra-Zeitung unter anderem gestellt. Bisher ist eine theoretische Grundsatzdiskussion aber zugunsten der Praxis weitestgehend unter den Tisch gefallen. Umso mehr haben wir uns gefreut, als uns die Zuschrift der Zeitung LaRage aus Bremen erreichte. Die Genoss*innen aus der Redaktion haben sich in letzter Zeit, wie wir, Gedanken über den Sinn und Unsinn des Printmediums an sich und die Relevanz des eigenen Zeitungsprojekts im Speziellen gemacht. Daraus ist ein schöner Kommentar entstanden, der trotz aller Schwierigkeiten für den Fortbestand des Printmediums votiert!

Wir schließen uns LaRage an, wenn sie sagt:

*„dass Sachen im Internet veröffentlicht werden, ist natürlich nachvollziehbar. Im Netz sind die Beiträge sofort nach der Veröffentlichung ohne Einschränkung für ein breites Spektrum an Leser*innen zugänglich. Beiträge sind also aktueller und schneller für die Leser*innen verfügbar. Was ist also die Stärke einer Zeitschrift? Wozu braucht es speziell diese Zeitschrift? Gerade da das Internet nicht als besonders sicher gilt (Stichwort Überwachung und Repression), scheint uns eine Zeitschrift im Papierformat wichtig. Hier können Beiträge anonym gelesen und Debatten anonym geführt werden.*

Außerdem kann eine Zeitschrift der Flüchtigkeit mancher Texte im Netz entgegenwirken. Texte und Beiträge die schon etwas älter sind finden sich z.B. noch jahrelang auf WG-Klos, in Küchen oder Wohnzimmern. Ihre Haltbarkeitsdauer erhöht sich und wenn sie uns angesprochen haben, bleiben sie uns länger im Gedächtnis und sind stets verfügbar. Ein schöner Bonus ist zudem, dass so eine Zeitschrift z.B. unterwegs in der Straßenbahn gelesen und auch liegen gelassen werden kann; ein Vorgehen, das mit einem Smartphone nicht unbedingt zu empfehlen ist. Es gibt also sehr wohl Gründe, warum mensch Printmedien noch eine Chance geben sollte.“

Wir wollen, dass es die Alhambra-Zeitung weiterhin gibt und dass sie gelesen wird. Der Sinn einer Zeitschrift steht und fällt aber natürlich vor allem mit ihrem Inhalt. Es kann sinnvoll sein, Texte aus anderen Zeitungen oder Webseiten abzudrucken, um sie zum Beispiel einem anderen Publikum zugänglich zu machen oder aktuelle und lokale Bezüge herzustellen. Weiterhin lehnen wir Onlinemedien nicht ab. Im Gegenteil, erst die Onlinequellen geben auch uns die Möglichkeit, weitere, oft auch aktuellere Informationen zu einem Thema zu bekommen. Aus diesem Grund versuchen wir nach Möglichkeit zu den Beiträgen Online-Links zum Weiterlesen und Vertiefen hinzuzufügen – nicht nur von der eigenen Szene, auch darüber hinaus. Dafür brauchen wir eure Mitarbeit: eure Beiträge geben dieser Zeitung ihre Existenzberechtigung. :) Es ist auch eine Chance, den Leuten da draußen – die Zeitung erreicht ja nicht ausschließlich die eigene Szene – etwas von euch zu berichten. Also, werte Genoss*innen, übt weiter Kritik, macht Vorschläge, schickt uns eure Texte (z.B.: Infos, Analysen, Bekenner*innenschreiben, Ankündigungen, Buchbesprechungen, Anregungen, Ergänzungen, Fragen...) und erzählt uns von euren Projekten und Aktionen!

Für diese Ausgabe haben wir zwei spannende Beiträge von euch bekommen, darunter ein Text von Cora Schmechel zu dem Sammelband „Gegendiagnose – Beiträge zur radikalen Kritik an Psychiatrie und Psychologie“, dessen Mitherausgeberin sie ist. Die Analyse gängiger Modelle und Methoden in Psychiatrie und Psychologie ist spätestens seit den

1980er Jahren Bestandteil linker Gesellschaftskritik. Angesichts der Zunahme psychologischer „Erkrankungen“ bzw. Diagnosen und somit auch psychiatrischer Behandlungen halten wir eine kritische Positionierung für besonders erforderlich und möchten euch daher den Text und das ganze Buch ans Herz legen! Cora selbst wird den Sammelband wahrscheinlich noch in diesem Frühjahr in einer Veranstaltung des Infoladens Roter Strumpf vorstellen – achtet auf Ankündigungen! Schaut bei Interesse auch gern mal in der Psychiatriekritischen Kneipe vorbei. Sie findet jeden vierten Mittwoch im Monat ab 19.30 statt.
Die Gruppen gegen Kapital und Nation sind in der Presse über einen Artikel zu der Aufarbeitung des Bundesgerichtshof mit seiner rassistischen Vergangenheit gestolpert und der Sache weiter nach gegangen. Das Ergebnis ist ein Text, der die Kontinuität rassistischer Denk- und Handlungsweisen aufzeigt und einen Bogen zur heutigen „Flüchtlingsdebatte“ schlägt. Unter dem Titel „Rassismus damals, Rassismus zwischendurch, Rassismus heute“ landete er bei uns im Postfach und ist nun ab Seite 18 unter der Rubrik antirassismus/antisexismus zu lesen.

Wir haben uns in dieser Ausgabe bewusst für die „Doppelrubrik“ entschieden: Seit den Ereignissen der Silvesternacht in Köln hagelt es von allen Seiten Erklärungsentwürfe und Handlungsempfehlungen, die als Resultat menschlicher Betroffenheit daherkommen und in Wirklichkeit mehr oder weniger subtil rassistische und (ironischerweise) sexistische Denkmuster (re)produzieren. Wir wollen solchen Positionen nicht das Feld überlassen und halten einen sachlichen antirassistischen und antisexistischen Diskurs nicht erst seit der Silvesternacht für dringend notwendig. Daher veröffentlichen wir in dieser Ausgabe zwei weitere Beiträge zum Thema und haben uns bei der Wahl des Titelmotivs für die örtlich gesichtete Postercollage entschieden.
Als Reaktion auf die Silvesternacht in Köln haben sich Refugees und andere Menschen in Oldenburg vernetzt, um gemeinsam für ein friedliches Zusammenleben und gegen sexualisierte Gewalt zu demonstrieren. Wir haben mit vier Geflüchteten über die Demo gesprochen. Das Ergebnis findet ihr auf Seite 16.

Zum Kotzen sind die jüngsten Erfolge der AFD bei den Kommunalwahlen in Hessen und den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Da im September die Kommunalwahl in Oldenburg ansteht, ist es jetzt besonders wichtig, aktiv gegen die sich zunehmend offen zeigende menschenfeindliche Denke in der Bevölkerung vorzugehen. Doch „Wie treten wir dem Rechtsruck entgegen“? Im Text des lower class magazines werden ab Seite 24 unter gleichnamigem Titel drei Möglichkeiten diskutiert. Ihr habt euch bereits Gedanken dazu gemacht und konkrete Vorschläge für Oldenburg? Dann immer her damit, wir publizieren sie gerne und sind froh, wenn wir so vielleicht einen kleinen Beitrag für eine organisierte Gegenbewegung leisten können. An dieser Stelle sei noch mal aufs offene Vernetzungstreffen und den offenen antifaschistischen Treff hingewiesen.

„Vom Denken der Nazis noch nicht ganz befreit“ – das zeigen nicht nur die Wahlergebnisse, sondern auch ein Interview mit diesem Titel aus der letzten analyse & kritik (ak). Im Gespräch mit der ak kritisiert Anne Alex aus dem „Berliner Arbeitskreis Marginalisierte – gestern und heute“, dass noch heute in vielen Gedenkstätten Kategorisierungen des Nazi-Regimes fortbestehen. Die Menschen wurden häufig aufgrund tatsächlicher oder zugeschriebener Gruppenzugehörigkeiten verfolgt. Welche Gefahren es birgt, der Verfolgten in derartige Opfergruppen unterteilt zu gedenken, könnt ihr ab Seite 10 lesen.

Bei der Frage, wer in Diskussionen über den Umgang mit sozialer Ungleichheit und -ismen den Diskurs bestimmen soll, wird in linken Zusammenhängen gern nach dem „Privilegienmodell“ verfahren. Häufig wird derjenigen Gruppe oder Person, die von den thematisierten Ausgrenzungsmechanismen „am meisten“ betroffen ist, das letzte Wort zugestanden, während von denen, die in diesem Sinne „privilegiert“ sind und sich der spezifischen Diskriminierung nicht gegenübersehen, Zurückhaltung erwartet wird. Unter der Rubrik Diskussion findet ihr einen Artikel aus der analyse & kritik, in dem Anja Hertz den Nutzen dieses „Modells“ thematisiert.

Da uns die analyse & kritik immer wieder mit sehr guten Artikeln überzeugt, die wir auch gerne hier abdrucken, wünschen wir dem Zeitungsprojekt die nötige Kraft aus der aktuellen Krise [siehe Editorial der ak 614] herauszukommen. Damit es die ak weiterhin geben wird!

Schließen wir gleich mit einer Ergänzung zu unserer letzten Ausgabe an: Wir haben vergessen zu erwähnen, dass der Text „Antikapitalistische Mittelstandskinder“ aus der analyse & kritik Nr. 608 stammt. Zu diesem Artikel erreichte uns im Januar die Zuschrift eines Genossen, der sich auf die in dem Beitrag thematisierte „Wachstumskritik“ und Degrowth-Bewegung bezog (Erinnerung: Im Text geht es um die politische Verortung und das emanzipatorische Potenzial der „Wachstumskritik“ und der Degrowth-Bewegung vor dem Hintergrund der Aktionen um „Ende Gelände“ im August 2015). Er hätte sich zu dem Text noch weitere Ausführungen und Erklärungen zu der konkreten Kritik an der Bewegung gewünscht. Die Idee finden wir gut und haben uns deshalb entschieden, das Thema mit Hintergründen, Analysen und Kritik in einer der nächsten Ausgaben ausführlicher zu behandeln. Und da kommt Ihr wieder ins Spiel: Schickt uns Eure Anregungen, gebt uns Hinweise auf Texte und Ereignisse zum Thema, oder schreibt selbst etwas und lasst es uns zukommen.

Damit wünschen wir euch viel Freude beim Lesen!

Die LaRage ist auch online verfügbar unter http://endofroad.blogsport.de/2016/02/15/larage-2/

++ 11. Januar ++

Oldenburg, Alhambra: Vortrag der Roten Hilfe Salzwedel zur NoBorder-Train-Kitchen in Idomeni

++ 15. Januar ++

Oldenburg: Blockade der „Bürgerwehr“ durch antifaschistische Kundgebung und Spontandemonstration durch die Innenstadt mit anschließendem Protest gegen die rassistische Einlasspolitik in der Kneipe Big Ben.

Oldenburg: Demonstration „Menschenrechte sind unteilbar“ gegen Sexismus und Rassismus.

++ 6. Februar ++

Dunum: Rassisten stürmen Asylunterkunft bei Aurich/Wittmund und rufen rassistische Parolen.

++ 8. Februar ++

Oldenburg: „Stopt Erdogan!“: Kurd*innen demonstrieren gegen Staatsterror in der Türkei nach Massaker in der Stadt Cizre.

Oldenburg: Von den „Bürgern aus der Mitte“ unter dem Motto „Werte sind nicht verhandelbar“ geplante Kundgebung wird von den Organisator*innen abgesagt.

++ 11. Februar ++

Hannover: Durchsuchung der UJZ Korn wegen des Vorwurfs der „Unterstützung einer auländischen terroristischen Vereinigung/PKK“

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

++ 12. Februar ++

Hannover: Solidaritätsdemonstration gegen die Kriminalisierung des UJZ Kornstraße und das PKK-Verbot.

++ 18. Februar ++

Oldenburg: Farbbeutelangriff auf das Haus des NPD-Vorsitzenden Eckard Aden im Stadtteil Ofenerdiek.

++ 10. März ++

Oldenburg: Aktionen im und vor dem Jobcenter: Eine Gruppe Erwerbsloser* fordert die Übernahme der vollständigen Stromkosten.

++ 12. März ++

Oldenburg: Refugees welcome Demo für Solidarität mit Geflüchteten unter dem Motto „Gemeinsam gegen Rassismus, religiösen Fundamentalismus und patriarchale Strukturen“

Köln: Ca. 4500 Teilnehmende bei Demonstration „Reclaim Feminism - Unser Feminismus ist antirassistisch!“

++ 19. März ++

Münster: Kundgebung gegen den 1000 Kreuze-Marsch fundamentalistischer Christ*innen und für sexuelle Selbstbestimmung .

++ 24 März ++

Oldenburg: ca. 20 Antifaschist-*innen verhindern spontan AfD-Stammtisch in Lokal an der Stedinger Straße in Osternburg.

++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++ Kurzmeldungen ++

Linke Zentren aufbauen!

Autonomes Jugendzentrum FLA FLA kauft Haus

Seit fast 50 Jahren existiert das selbstverwaltete und autonome Jugend- und Kulturzentrum FLA FLA in Herford. Das FLA FLA stellt seitdem einen der wichtigsten Orte für alternative Jugend- und Kulturarbeit in Ostwestfalen dar. (Solidaritäts-)Konzerte, politische und kulturelle Vortäge, Workshops und Filmvorführungen sind nur einige Gründe dafür. Dass es ein Jugendzentrum mit antifaschistischem, antisexistischem und unkommerziellem Selbstverständnis in einer Kleinstadt nicht leicht hat liegt auf der Hand. So ziehen sich die Auseinandersetzungen mit Vermietern, der Stadt, kleinbürgerlicher Spießigkeit und Neonazis wie ein roter Faden durch die Geschichte.

Allen Rückschlägen zum Trotz hat es das FLA FLA nach jahrelanger Arbeit auf „dünnem Eis“ nun geschafft das Projekt langfristig zu erhalten und somit einen Freiraum für eine (Jugend-)Kultur jenseits des Mainstreams abzusichern. So konnte dank der zahlreichen Unterstützung von Freund_innen, Genoss_innen und anderen linken Zentren ein Gebäude direkt am Herforder Bahnhof erworben werden. Mit einer Fläche von über 600 m2 verfügt das Haus über ausreichend Platz für eine Kneipe, eine Disko, eine Werkstatt, ein Kino, Büroräume, einen Sportraum und vieles mehr. Um das Gebäude Ende 2016 beziehen zu können laufen seit Anfang des Jahres Umbaumaßnahmen im großen Stil ab. Träger müssen gesetzt, Wände gerissen, Toiletten gebaut und Fliesen verlegt werden (um nur einige Beispiele zu nennen). Um dies zu schaffen ist das FLA FLA auf viele helfende Hände angewiesen. Eine gute Möglichkeit den Umbau zu unterstützen ist die Sommerbaustelle, die vom 15.7 bis 3.8 stattfindet. Besonders dafür werden noch Menschen mit handwerklichen oder planerischen Fähigkeiten gesucht. Weitere Infos findet ihr unter http://flaflabaut.blogsport.eu/

IN DIESEM SINNE:
AUTONOME ZENTREN AUFBAUEN
UND VERTEIDIGEN! FLA FLA BLEIBT!

SAVE THE DATE:
24.JUNI: SOLI-PARTY IM ALHAMBRA

An dieser Stelle sollen in den nächsten Ausgaben weitere linke Zentren vorgestellt werden. Wir freuen uns über Vorschläge und Einsendungen per Post oder an

zeitung@alhambra.de

"Das ist doch Krank?"

Zur linken Psychiatriekritik und zum Sammelband "Gegendiagnose - Beiträge zur radikalen Kritik an Psychiatrie und Psychologie"

Seit 2013 eine recht große und populäre Kritik an der Neuauflage des DSM (Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders/Diagnostischer und statistischer Leitfaden psychischer Störungen) aufkam, scheint Psychiatriekritik selbst im bürgerlichen Mainstream angekommen zu sein. Das DSM legt fest, was, wann, wie ggf. als welche psychische Störung diagnostiziert werden kann, und ist demnach für viele Menschen entscheidend wenn es um die Frage geht, ob sie bzw. ihr Verhalten „noch normal" oder „krank" sind, und entsprechend um Stigmatisierung, Therapieangebote, (Zwangs)einweisungen, Medikalisierung und die Finanzierung all dessen durch die Krankenkassen. Alle großen Leitmedien stimmten damals darin überein, dass die massive Ausweitung der Diagnosekriterien, wie auch die „Erfindung" neuer Diagnosen durch eine Pathologisierung – also „zum medizinischen Problem-Machung" – bisher als normal angesehener Verhaltens- und Gefühlsweisen, nicht hinzunehmen sei.

Viel rezitierte Beispiele waren damals die Ausweitung der Kriterien für Depression, die nun schon attestiert werden kann, wenn eine Person zwei Wochen nach einem erlebten schlimmen Verlust o.Ä. immer noch trauert, und die „neue" Pathologisierung von Wutausbrüchen bei Kindern, welche bisher von den meisten Menschen als normale Entwicklungsphase im Kleinkindalter empfunden werden. Gestützt wurde die Kritik auf der Kampagne eines Psychiaters – Allen Frances - , welcher einst selbst am DSM mitschrieb, inzwischen aber seine ehemaligen Kollegen dafür angreift, aus Geltungssucht, Optimierungswahn und Korruption durch die Pharmaindustrie quasi absichtlich „übers Ziel hinaus zu schießen".

Damit richtet sich die Kritik von Frances & Co allerdings lediglich an die aktuell in den DSM-Katalog aufgenommenen Diagnosen und den Interessen der Pharma-Industrie – vermissen lässt sie eine grundsätzliche gesellschaftsanalytische Fragestellung nach der Funktion der Psychiatrie und generell der Unterscheidung in „psychisch krank" und „gesund". Solche grundsätzliche Kritik gehörte in den 1970er Jahren noch zur linken Gesellschafts- und Institutionenkritik. Zu diesen Zeiten formulierten vorrangig die außerparlamentarische Linke und die ihr verbundenen Psychiater_Innen eine radikale Kritik an der Institution und ihrer Diagnosen. Diese z.T. sehr intellektuelle Bewegung wird heute als die „Alte Antipsychiatrie" bezeichnet. Im Anschluss wurde in der „Neuen Antipsychiatrie" in den 1980ern die Kritik hauptsächlich von den Betroffenen und ihren Verbänden getragen und in die Praxis übersetzt. Es gründeten sich antipsychiatrische

Projekte, welche eine Alternative zur gängigen medikalisierenden Umgangsweise mit Krisen und Auffälligkeiten etablieren wollten, wie bspw. das bis heute existierende Berliner „Weglaufhaus“.

Seitdem allerdings hat die Kritik an psychiatrischen Definitionen und Institutionen im linksradikalen Kanon massiv eingebüßt. Das zeigt sich nicht zuletzt im linken Alltag anhand von reflexartigen Verweisen auf die Notwendigkeit professioneller Hilfe in Krisensituationen oder von einer Definierung befremdlicher Verhaltensweisen als ›psycho‹ oder ›krank‹. Wir wollen Einzelnen dabei nicht das Bedürfnis und den Nutzen nach und von professionalisierter Hilfeleistung in Form von Therapien und_oder Medikation absprechen, jedoch darauf hinweisen, dass sich daraus dennoch sinnvolle Fragen danach ergeben, was das über eine Gesellschaft und eine Szene aussagt, wenn der scheinbar einzige Weg mit Krisen umzugehen darin besteht, sich in individualisierte z.T. biologistische[1] Therapiekontexte zu begeben, welche das Problem und seine Lösung vorrangig in der betroffenen Person sehen und eine unüberbrückbare Hierarchie zwischen ‚kranken‘ Patient_Innen und ‚professionellen‘ Ärzt_Innen/Therapeut_Innen in sich tragen. Diese Fragen lagen wie gesagt bereits auf dem Tableau linker Bewegungen und wurden teilweise auch mit konkreten Konzepten, wie dem Ansatz der Radikalen Therapie (einer Art kollektiver gegenseitiger Gruppentherapie), konkret und praktisch beantwortet.

Weil Teile der damaligen antipsychiatrischen Forderungen seit den 1970er Jahren im Zuge der Reformierung der psychiatrischen Verwahranstalten in niedrigschwelligere Formen wie die Sozial-und Gemeindepsychiatrie[2] als umgesetzt erscheinen, kommt eine heutige Kritik wie aus der Zeit gefallen daher. Ungeachtet dessen ist weiterhin richtig, dass eine antipsychiatrische Kritik nicht allein bei der Einweisung in die Psychiatrie stehen bleiben darf und stärkeres Gewicht auf die den Diagnosen, bzw. die zu Grunde liegenden Konzepte von Normalität und psychischer Gesundheit legen muss. Sollte sich daher eine anti-psychiatrische Kritik nicht ebenso als kritisch gegenüber der Disziplin der Psychologie verstehen? Wie müsste eine Kritik an Psychologie und Psychiatrie beschaffen sein, die an die Wurzel geht und nicht in die Falle der „Alten Antipsychiatrie“ tappt; die also weder die Betroffenen als revolutionäre Subjekte stilisiert und deren konkretes Leiden negiert noch in starre Gut/Böse-Opfer/Täter-Schemata verfällt, welche der Realität selten gerecht werden und Betroffene schnell paternalistisch in die Unmündigkeit delegieren? Kann überhaupt von der Gruppe der Betroffenen gesprochen werden, oder reproduziert dies nicht altbekannte, weiße Androzentrismen[3] und verdeckt die Verwobenheit psychiatrisch-psychologischer Konzepte mit dem gegebenen Herrschaftsstrukturen? Dies waren einige der Fragen, welche uns dazu veranlassten, im Frühjahr 2013 dieses Projekt ins Leben zu rufen.

Ausgehend von diesen Fragen wurde 2013 ein Sammelband-Projekt ins Leben gerufen, welches – in Abgrenzung zum bürgerlichen Mainstreamdiskurs à la Allen Frances – eine grundsätzliche Kritik an psychiatrischen Diagnosen aktualisieren sollte, die nicht erst die derzeitigen Auswüchse in Form der Neuauflage des DSM als kritikwürdig begreift. Zum anderen soll der Band für ein Thema sensibilisieren, das von der linken Gesellschaftskritik in der jüngeren Vergangenheit aus dem Blick geraten ist, gleichsam aber auch die psychiatriekritische Bewegung einer Kritik unterziehen. Herausgekommen ist nun der im September 2015 im Kollektivverlag „edition assemblage“ erschienene Sammelband „Gegendiagnose-Beiträge zur radikalen Kritik an Psychiatrie und Psychologie“.

In 14 Beiträgen verschiedenster Ausrichtung – von aktivistisch bis akademisch, aus betroffener wie auch aus „professioneller“ Perspektive – wird ein Schlaglicht-Mosaik auf aktuelle Fragestellungen einer emanzipativen linken Psychopathologisierungskritik geworfen. Die Beiträge beschäftigen sich u.a. damit, wie eine Kritik an der Institution Psychiatrie auf oben skizzierte Reformierung dieser und weitere gesamtgesellschaftliche Prozesse reagieren und sich aktualisieren sollte. Gleichsam geht es auch um Kontinuitäten von Rassismen und Sexismen in psychiatrisch_psychologischen Konzepten; um die Instrumentalisierung von Krankheitskonzepten, wie dem des Traumas, für eine Relativierung von Täter-Opfer-Verhältnissen im Kontext des deutschen Faschismus oder für das Mundtot-Machen allzu aufmüpfiger Bezugsempfänger_Innen in Jobcentern; um konkrete Fragen zum Umgang mit Nicht_Betroffenheiten im aktivistischen Kontext antipsychiatrischer Gruppen und um vieles mehr.

Der Sammelband „Gegendiagnose“ stellt den ersten Teil einer geplanten Buchreihe mit dem Namen „get well soon“ dar, welche sich in den kommenden Jahren in ähnlicher Form mit kritischer Analyse neoliberaler (Psycho) Gesundheitspolitik beschäftigen soll. Wer Interesse hat, an solcher Buchreihe mitzuwirken, melde sich gern unter getwellsoon@riseup.net.

Der Band „Gegendiagnose“ wird im Alhambra in Form einer Abendveranstaltung vorgestellt werden, voraussichtlich im April/Mai – achtet auf Ankündigungen!

Das Buch kann bestellt werden:

http://www.edition-assemblage.de/gegendiagnose/

Hier könnt ihr auch einen Blick ins Inhaltverzeichnis und die Einleitung werfen.

von: Cora Schmechel

Jeden vierten Mittwoch im Monat findet um 19.30 Uhr die Psychiatriekritische Kneipe statt!

[1] Biologistisch meint alle menschlichen Verhaltensweisen und gesellschaftlichen Prozesse und Strukturen als biologische und damit Naturgesetzen folgende Prozesse zu verstehen. Im Bereich der Psychologie und Psychiatrie meint das Ansätze, die Krisen und auffälliges Verhalten auf gestörte biochemische Prozesse im Gehirn oder anderswo im Körper zurückführen und damit auch die „Lösung“ als individuell und biochemisch, also zumeist rein medikamentös definieren und soziale bzw. gesellschaftliche Ursachen für Gefühle und Wahrnehmungen größtenteils ignorieren.

[2] Nachdem es in den 1970ern eine immense Kritik und auch vom Bundestag beauftragte Untersuchungen zur Lage der Menschenwürde in psychiatrischen Einrichtungen gab, wurden die großen Verwahranstalten seitdem größtenteils reformiert in Konzepte von kleineren, spezialisierten Einrichtungen mit verschiedenen Varianten von ambulanter und (teil)stationärer Behandlung und individuell abgestimmten variablen Therapieangeboten. Hierbei soll eine größtmögliche Anbindung an die soziale Umwelt erreicht werden (Gemeindepsychiatrie), statt der früheren Isolation am Stadtrand, und die sozialen Faktoren psychischer „Störungen“ in den Vordergrund rücken (Sozialpsychiatrie). Ob damit nun weniger Gewalt gegen als psychisch krank Klassifizierte ausgeübt wird oder nicht eher auf andere Weise, damit beschäftigen sich mehrere Beiträge in „Gegendiagnose“-Sammelband.

[3] Androzentrismus meint eine z.T. unbewusste Denkweise, die Männer, deren Erfahrungen und Lebenswelten und männlich konnotierte Werte als allgemein setzt; also wenn von „den Menschen“ oder „den Leuten“ gesprochen wird, aber inhaltlich nur auf Männer Bezug genommen wird. So wurden lange Zeit die spezifische Bedeutung die Psycho-Pathologisierung für Frauen spielt und der Sexismus der in vielen Bildern der Psychologie und Psychiatrie steckt (Stichwort Hysterie) auch in der Antipsychiatrie übersehen, wenn von den „Psychiatriesierten“ gesprochen wurde. Gleiches gilt für rassistische Elemente der Psychiatrie und Psychologie, sowohl in Krankheits- und Gesundheitsvorstellungen als auch in Bezug auf die Rolle die Pathologisierung und Einweisung als rassistische Sanktionierungen historisch wie heute spiel(t)en.

Which side are you on?

„Die Welt ist viel zu widersprüchlich, als dass sie mit starrem schwarz-weiß Denken aus den Angeln gehoben werden könnte. Aber sie ist auch nicht so verworren, dass man nicht Partei ergreifen könnte“.
aus: Autonomer 1. Mai-Aufruf, Oldenburg 2015

Manchmal ist es als Linke_r nicht ganz einfach – Dinge einzuschätzen, Position zu beziehen und dann noch aktiv zu werden. Auf welcher Seite stehen wir – in der Griechenlandkrise, bei der Flüchtlingspolitik, bei den Konflikten in der Ukraine, Kurdistan, Israel, ..., bei Fragen zur Sterbehilfe oder zur Oldenburger Wohnungspolitik – wie verhalten wir uns? Oft wissen wir nicht, welche Gruppen, Einzelpersonen und Bündnisse es in Oldenburg zu diesen Themen gibt. Aber es gibt immer am 1. Montag im Monat im Alhambra um 20.00 Uhr ein offenes Treffen für Menschen, die Interesse an linker, emanzipatorischer theoretischer und/oder praktischer Politik haben. Wir wollen uns austauschen, gegenseitig informieren und unterstützen. Das Vernetzungstreffen endet um 22.00 Uhr, danach kann in der Kneipe gerne noch weiter diskutiert, gestritten, Ideen entwickelt, geplaudert werden, ...

Kommt doch gerne mal vorbei – wir freuen uns!

Offenes Vernetzungstreffen zur aktuellen Politik
1. Montag im Monat, 20.00 bis 22.00 Uhr
Alhambra-Kneipe, Hermannstr. 83, OL

Mampf in Oldenburg!

Wir sind eine offene Gruppe, die versucht sich jeden Donnerstag zu treffen, um bis ca. 20.30 Uhr ein Essen für hungrige Mäuler zuzubereiten – alles im Sinne von „ohne Mampf kein Kampf“! Da wir uns als solidarisch begreifen und gegen Ausgrenzungen sind, kochen wir spendenbasiert und möglichst bio und fair, auf jeden Fall aber vegan. Über Nahrungsmittelspenden freuen wir uns sehr und falls ihr mal eine Aktion plant und dafür gerne Essen hättet, sprecht uns an!

Leider kommt es auch mal vor, dass wir nicht genügend Leute sind, dann fällt das Kochen und Essen aus. Wenn ihr mitmachen wollt, kommt donnerstags ab 18:30 ins Alhambra, dann ist sicherlich jemensch da, und wenn nicht probiert‘s einfach in der Woche drauf oder gebt eure Mail-Adresse an Menschen im Infoladen, wir schreiben euch dann an.

We are an open group, which is trying to cook every thursday from 18:30 till 20:30. It‘s always vegan, mostly organic and based on donations. If you want to take part, just come by or leave your e-mail adress in the „Infoladen“, we‘ll inform you.

Vom Denken der Nazis noch nich

Anne Allex fordert gedenkpolitische Standards für bewusst verschwiege

Interview: Sebastian Friedrich

Diejenigen, die in der Zeit des deutschen Faschismus als »Asoziale« und »Kriminelle« verfolgt wurden, sind weitgehend vergessene Opfer der Nazis, (ak 610) Bis heute ist nicht annähernd geklärt, wie viele von ihnen im Nationalsozialismus ermordet wurden. Zudem wartet noch immer ein Großteil der Überlebenden auf Entschädigung. Auch im öffentlichen Gedenken spielen sie kaum eine Rolle. Wenn Gedenkstätten an entsprechende Opfergruppen erinnern, übernehmen sie zudem häufig die Kategorien der Nazis. Darüber sprachen wir mit Anne Allex vom »Berliner Arbeitskreis Marginalisierte – gestern und heute«.

Der >>Arbeitskreis Marginalisierte – gestern und heute<< kritisiert die Art und Weise, wie die Verfolgung >>Asozialer<< und >>Krimineller<< aufgearbeitet wird. Was ist eure Kritik?

Anne Allex: Nehmen wir das Beispiel des Gedenkortes in den ehemaligen Rummelsburger Arbeitshäusern in Berlin. An einer Litfaßsäule wird der Jüdin Auguste L. gedacht. Es ist zu lesen, sie habe gegenüber den Beamten versucht, »sich mit einer eher bürgerlichen Existenz als Frau mit zwei regelmäßigen Arbeitsstellen als Haushaltshilfe zu präsentieren. Doch einer genaueren Prüfung hielten ihre Angaben nicht stand. Und im weiteren Verlauf der Untersuchung wurde deutlich, dass sie seit über 30 Jahren als Prostituierte arbeitete«. Die Wiedergabe des Gedankengangs der Akte verfestigt posthum die geschlechtsspezifische Stigmatisierung. Ein anderes Beispiel: In der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen wird eines 68-jährigen, jahrelang erwerbslosen Ofensetzers gedacht, der, wie es in der Gedenkstätte heißt, »ein Asozialer war« und, infolge von Hunger, Schwerstarbeit und Zwangssterilisierung im KZ starb. Hier wird unwidersprochen die Schuldzuschreibung wegen angeblich internalisierter Veranlagung wiederholt. Oder in Hamburg diskreditieren Stolpersteine Tote mit Aufschriften wie »Rassenschande«, »Berufs-« und »Gewohnheitsverbrecherin<<. Auch hier werden Opfer der Nazis mit deren Begriffen nachträglich stigmatisiert.

Wie könnte das verhindert werden?

Zur Aufarbeitung des Lebens der Ermordeten müssen die Angehörigen einbezogen werden. Das ist bisher nur sehr selten der Fall. Die präzise Betrachtung der Taten der Toten wirft doch Fragen zur persönlichen sozialen Lage und zum Strafrecht auf. Es hilft ein Blick nach Argentien, Mexiko und Kolumbien, wo Wege des Umgangs mit Ermordeten gesucht werden. So ist das Wichtigste für kritische argentinische Forensikerinnen und Forensiker die Kommunikation mit den Angehörigen. Diese seien nicht nur eine wichtige Informationsquelle, sondern werden über jeden Schritt informiert. Was fehlender Angehörigenkontakt anrichtet, zeigt das Entsetzen der Familie Lieske über einen Stolperstein, der eine Großmutter als sogenannte Gewohnheitsverbrecherin abbildet. Die Lebensrekonstruktion der Oma durch die Enkelin gegenüber der Biografie durch eine fremde Person sah auch völlig anders aus.

Vor zwei Jahren hast du in Dachau auf einer Tagung zu marginalisierten Häftlingsgruppen Forderungen zum Umgang mit Nazi-Akten aufgestellt. Welche waren das?

Zunächst einmal müssen die Biographien der Menschen rekonstruiert werden. Das sollte im Kontrast zur NS-Akte geschehen und nicht in Übereinstimmung, wie es leider häufig der Fall ist. Das heißt auch, dass die sozialen Lebensumstände konkret ermittelt und die Verbrechen strikt vor dem Hintergrund der historischen juristischen Umstände betrachtet werden müssen. Die spezifischen Stigmatisierungsgründe sind in Kenntnis um die NS-Sozialpolitik und der NS-Täterdarstellung zu betrachten. Bewertungen von Personen und Vorurteile wegen sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Krankheit, Behinderung, Armut, Charakter oder Verhalten sind dabei zu unterlassen. Ein Prinzip der genannten Forensiker in Argentinien lautet, niemals zu urteilen, weder politisch noch moralisch, über das, was die Verschwundenen zu Lebzeiten getan haben mögen. Denn es geht ja gerade nicht um Schuld oder Unschuld,

T GANZ BEFREIT

ENE NS-VERFOLGTE

nicht darum, der Kriminalisierung oder Stigmatisierung von Opfern deren »Unschuld« oder gar Heroismus entgegenzusetzen. Im Zentrum muss die Würde der Toten und das Ziel stehen, sie in die soziale Welt zurückzuholen. Die Lebenden haben ein Recht auf Trauer und auf die Bestrafung der Täter. Die Toten müssen wir uns als ein Rechtssubjekt vorgestellen. Auch posthum müssen die Rechte auf Identität, auf Vollständigkeit und die Wahrung der Interessen geltend gemacht werden.

Die Erinnerung an die Opfer des Naziregimes wird zumeist von Organisationen und Initiativen vorangetrieben, die eine bestimmte Opfergruppe fokussieren. Sollte grundsätzlich darauf verzichtet werden, die von den Nazis Verfolgten in Gruppen einzuteilen?

Die Diskurse um Verfolgtengruppen lehne ich ab, weil die Gruppeneinteilung von den Nazis geprägt ist. Segmentiertes Gedenken und stigmatisierende Aufschriften fördern die Teilung in »werte« und »unwerte« Tote. Eine Typenbildung sogenannter Asozialer ist indiskutabel, da die Typologisierung auf »Rassemerk-»malen« basiert. Damit bleibt man noch in der Erinnerung im Denken der Nazis verhaftet.

In jüngster Zeit versuchen Initiativen z.B. um den neuen »Zentralrat der Asozialen« vermehrt, sich positiv auf den Begriff »asozial« zu beziehen. Ist das aus deiner Sicht sinnvoll?

Ich halte das für unverantwortlich. Diese Stigmatisierung bedeutet für die Betreffenden einen Ausschluss aus der Gesellschaft. Denn sie wurden als Opfer des Naziregimes nicht anerkannt. Diese Tatsache suggeriert, dass der Umgang der Nazis mit ihnen weniger verurteilenswert ist. Gleichzeitig wurde durch die Nichtanerkennung ihre Rehabilitierung verhindert. Folge war, dass sie nach 1945 geringe Entwicklungschancen hatten. Denn viele von ihnen, gerade Kinder, Jugendliche und junge Leute, waren während der Nazizeit von der Bildung ausgeschlossen. Für die mir bekannten Personen und für diejenigen, über die ich Berichte las, war es daher oftmals unmöglich, Bildung nachzuholen, einen Beruf zu erlernen und darin angemessen für ihren Unterhalt zu sorgen. Dies schlug sich auch auf die Entwicklungsperspektiven ihrer Kinder nieder. Nicht nur deshalb verbietet sich eine positive Selbstaneignung des Begriffes. Denn »asozial« ist eine Diagnose im Abschnitt zu Persönlichkeits- und Verhaltensstörungen im ICD 10, dem Diagnoseklassifikationssystem der Weltgesundheitsorganisation. »Asozial« bezeichnet dort eine »erhebliche Diskrepanz« »zwischen dem Verhalten und den herrschenden sozialen Normen«. Dieses Verhalten gilt der ICD-io-Diagnose »asozial« zufolge als nicht änderungsfähig. Die Selbstzuschreibung »asozial« birgt daher die Gefahr einer kulturellen Pathologisierung der jeweiligen Person, die sich freilich immer dauerhaft zum Nachteil für sie auswirkt. Verantwortung für die Aufarbeitung der Verbrechen der Nazis an diesen Menschen zu übernehmen, heißt für mich, historische Konstruktionen zu entlarven und ihre Wirkmächtigkeit im heutigen Denken aufzuzeigen. Das lässt sich nicht mit spektakulären Selbstbezichtigungen durch ächtende Begriffe lösen.

Quelle: *analyse & kritik* Nr. 613

GUTER SEXISMUS, SCHLECHTER SEXISMUS

– und was hat das alles mit Rassismus zu tun?

Seit der Silvesternacht 2015 gibt es in Deutschland einen neuen Sexismus-Diskurs. Generell ist es für uns ein wünschenswerter Fortschritt, dass die Strukturen, die zu sexualisierter Gewalt führen nicht nur Beachtung in der breiten Öffentlichkeit finden, sondern auch problematisiert werden. So musste Justizminister Heiko Maas nun endlich der Umsetzung der Istanbuler Konvention zustimmen. Aber mehr Positives kann von der derzeitigen Auseinandersetzung in unseren Augen leider nicht berichtet werden.

Denn die Auseinandersetzungen mit dem Thema Sexismus und sexualisierte Gewalt strotzen nicht nur von Sexismus, sondern auch von Rassismus. Dies ist ein Zustand und ein Diskurs auf allen Ebenen, der uns zunächst sprachlos macht. Der vorliegende Text stellt einen Versuch dar, sich von dieser Sprachlosigkeit zu lösen und einen Ansatz für eine kritische Auseinandersetzung zu schaffen.

Rassismus und Sexismus sind weit verbreitete Herrschafts- und Diskriminierungsmechanismen, die uns in unserem alltäglichem Leben, Denken und Handeln konfrontieren und beeinflussen. An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass die Autorinnen aus einer weiblichen Perspektive mit sexistischen Erfahrungen verschiedener Art schreiben. Allerdings beschränken sich Erfahrungen rassistischer Art aus einer weißen* Perspekive der Autorinnen nur auf eine Beobachter*innenposition.

Wir verurteilen Sexismus, Street Harassment und sexualisierte Gewalt aufs Schärfste, dabei ist es egal von wem gegen wen. Eine Relativierung der Taten ist ebenfalls nicht hinzunehmen. Dies passiert zum Teil auch in „linken Strukturen“, ob durch „witzige“ Bildchen linker Gruppen auf Facebook oder durch dumme Sprüche von Einzelpersonen.

Schlechter Sexismus? Guter Sexismus?

Es ist ganz einfach: Es gibt keinen „guten“ Sexismus. Wenn ein Mann einer

Frau sagt, sie solle seinen Spruch über ihr Aussehen doch als Kompliment sehen, dann ist es Sexismus. Wenn ein Mann an einer Frau gegen ihren Willen (sexuelle) Handlungen ausübt, dann ist es Sexismus. Wenn in linken Kontexten ein erstauntes „Voll cool, dass du – als Frau! – bei der Demo die erste Reihe machst!“ kommt, dann ist es Sexismus. Wenn ein Mann nach drei Dates der Meinung ist, jetzt „doch mal rangelassen werden zu müssen“, dann ist es Sexismus. Wenn die Lehrer*innen den Mädchen der Schule sagen, sie sollen sich nicht so aufreizend kleiden, weil es sonst männliche Mitschüler oder Personal irritiert, dann ist es Sexismus. Wenn ein Mann nach dem Mottto „Wer ficken will muss freundlich sein“ rumheult, dass er „nur“ in der „Friendzone“ ist, dann ist es Sexismus. Wenn ein Mann einer Frau die Wasserkiste aus der Hand nimmt, um sie ins Haus zu tragen, weil er ihr diesen Kraftakt – als Frau – nicht zutraut, dann ist es Sexismus. Wenn „deutsche Männer“ „ihre“ Frauen vor Übergriffen „nicht-deutscher Männer“ beschützen wollen, dann ist es Sexismus. Aber es ist ja alles nur gut gemeint. Aber was haben wir schon als Kinder gelernt? Gut gemeint ist der kleine Bruder von Scheiße!

Warum dann „guter Sexismus“ im Titel, wenn es ihn doch gar nicht gibt? Weil derzeit in der deutschen Öffentlichkeit ein schlechter Sexismus im Diskurs steht. Es ist der Sexismus, der von „nicht-deutschen Männern“ (aus „nicht-deutschen Kulturen“ mit „nicht-deutschen Werten“) ausgeht, vor dem „deutsche Frauen“ geschützt werden müssten. Von „deutschen Männern“, natürlich. Dabei sollte klar sein, dass Sexismus immer schlecht ist. „Guter Sexismus“ ist dabei kein Sexismus in den Augen der Verursacher. Er zeigt sich jedoch beispielsweise darin, wenn der Focus auf seiner Titelseite sexualisierte Übergriffe anprangert. Dort wird durch die erotisierte Darstellung einer Frau in der Opferrolle, blondes Haar, leicht lasziv geöffnetem Mund und Objektivierung des Körpers selbst Sexismus produziert und reproduziert. Durch die ausschließlich schwarzen Handabdrücke auf dem Körper der Frau liefert der Focus ein gutes Beispiel für die Verzahnung von Sexismus und Rassismus.

Das Magazin schafft es hier durch eine sexistische Darstellung mit rassistischen Schuldzuweisungen den Sexismus anzuprangern, den es aus einer rassistischen Haltung heraus ausmacht. Klingt absurd, ist es auch. Und dies ist nur ein Beispiel.

Ein lokales Beispiel findet sich in der „NordWestZeitung“ vom 16.01.2016. Dort problematisiert eine Polizeibeamtin Sexismus. Dies tut sie jedoch durch die Re_produktion rassistischer Stereotype, indem sie Sexismus bei „junge[n] ausländische[n] Männer[n]“ ausmacht, die „allein schon wegen ihres Alters einen Testosteronüberschuss haben“ und die „ zum Teil aus Ländern [kommen], in denen sie außer ihrer Mutter noch keine unverschleierte Frau gesehen hätten.“ Auch hier sind sexistische Muster zu finden, da die Polizeibeamtin eine eindeutige Selbst- bzw. Teilschuld bei nicht selbstbewussten Frauen ausmacht. Dies lässt zumindest der Umkehrschluss der Aussage „Das ist eine Frage des Auftretens. Ich persönlich sehe mich nicht in der Opferrolle“ zu.

Es gibt zahlreiche weitere Beispiele in der lokalen und überregionalen Berichterstattung über sexualisierte Übergriffe. Erwähnenswert ist besonders ein weiterer Artikel der NWZ vom 11.01.2016. Hier kommt die Frage auf, warum es wichtig sei, die Nationalitäten der Täter zu nennen. Und vor allem wie der Schreiber auf die Idee kommt, die Geflüchtetenunterkunft namentlich zu erwähnen, in der einer der Täter untergebracht ist. Was für Konsequenzen so etwas haben kann sollte ein Journalist bedenken.

Wer sind denn nun die Täter?

Wie bereits erwähnt sind es rassistische Täterprofile, welche in der Öffentlichkeit und in sozialen Netzwerken ausgemacht werden. Wenn einer der Täter nicht deutscher Staatsangehörigkeit ist, findet es meist auf allen Kanälen Erwähnung. Die Beschreibung der Täter in Köln in der Silvesternacht schien mit „nordafrikanisch oder arabisch“ so schwammig, dass es fast lächerlich wäre, wäre es nicht so traurig. Auch Aussagen wie die der Polizeibeamtin aus Oldenburg über die „jungen, ausländischen Männer“ werden unkommentiert und kritiklos abgedruckt. Diese derzeitige Stimmung machen sich viele Menschen zu Nutze. Populistische und rassistische Gruppen und Einzelpersonen geben den Fingerzeig auf etwas, wovor sie angeblich immer gewarnt hätten: dem übergriffigen, triebgesteuerten Fremden aus dem Ausland.

Es zeigt sich jedoch, dass es den Nazis, Rassist*innen, „besorgten Bürger*innen“ und Populist*innen, die jetzt aufschreien, nicht wirklich um den Schutz von Frauen oder einen besseren Umgang mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt in Justiz, Öffentlichkeit und auch Privatleben geht (was wünschenswert wäre). Es findet in diesen Kreisen keine ehrliche Auseinandersetzung mit den Mechanismen, die sexualisierte Gewalt hervorbringen, begünstigen und die Täter schützen, statt.

Deshalb hier noch ein kleiner Zahlen-Exkurs:

Jede 7. Frau ab dem 16. Lebensjahr wurde mindestens einmal in ihrem Leben vergewaltigt.

Jede/s 3. bis 4. Mädchen/ Frau hat in ihrem Leben sexualisierte Gewalt erfahren.

Mehr als jede 2. Frau (58%) im Alter zwischen 16 und 85 Jahren hat in ihrem Leben bisher sexuelle Belästigung erlebt.

98% der Täter sind männlich.

Meist ist die Tat geplant.

Sowohl die Betroffenen, als auch die Täter stammen aus allen (Bildungs-) Schichten – dieser Faktor spielt keine Rolle.

70-80% der Täter stammen aus dem sozialen Nahbereich der Betroffenen (Vater, Onkel, Nachbar, Lehrer, Freunde, Partner etc.).

Diese oder ähnliche Zahlen sind allen bekannt, die sich mit dem Thema sexualisierte Gewalt je auseinander gesetzt haben. Diese Zahlen sind wichtig, um hartnäckige Lügen und Mythen zu enttarnen, die dennoch stark in den Köpfen der Leute verankert sind.

Diese Vorstellungen und Mythen sind auf vielen Ebenen problematisch und zeigen auch, wie der Umgang mit Sexismus und Rassismus zusammen hängt.

Angesichts der Zahlen erscheint es natürlich sinnvoll, wenn wir Mädchen und Frauen warnen und ihnen sagen, sie sollen vorsichtig sein. Diese Warnungen zeigen jedoch bereits die Wirkungsweisen sexistischer (und wie wir später sehen: rassistischer) Mechanismen. So wird Mädchen bspw. gesagt, sie sollen nachts nicht durch dunkle Gassen gehen (Umkehrschluss: passiert in einer solchen Gasse doch etwas, haben sie zumindest eine Teilschuld, da sie diese Warnung nicht umgesetzt haben). Sie sollten sich nicht zu aufreizend kleiden (Umkehrschluss: passiert ihnen etwas, sind sie zumindest zum Teil selbst Schuld, da ihnen ja vorher schon gesagt wurde, dass solch ein Outfit provoziere). Niemand kommt allerdings auf die Idee, Jungs zu sagen, dass das Outfit eines Mädchens keine Provokation sondern ihr gutes Recht ist. Die Frau erfährt nicht sexualisierte Gewalt, weil sie einen zu knappen Rock trägt, sie erfährt diese Gewalt, weil sie eine Frau ist.

Auf einer anderen Ebene problematisch erscheint diese Umgangsweise mit sexualisierter Gewalt (-Prävention) bei der Betrachtung der Täter. Diese stammen zum Großteil aus dem sozialen Nahbereich der Betroffenen. Eine Auseinandersetzung damit, dass eine Person im engeren Freundes- oder Familienkreis zu so einer Tat fähig sein kann, ist erschütternd und für viele Menschen nicht vorstellbar. Es ist allerdings Tatsache, dass diese Menschen eine größere Gefahr darstellen als der Triebtäter, der nachts im Park auf die nächste zufällig vorbei gehende Frau lauert.

Die Vorstellung vom Triebtäter hält sich jedoch hartnäckig und begünstigt so auch rassistische Vorstellungen. Denn der Triebtäter ist der Fremde. Und der Fremde ist häufig eine Person, die mit rassistischen Denkmustern in einer nicht-deutschen Person gesehen wird.

Die rassistische Antisexismusfront

Die Amadeu Antonio Stiftung drückt es so aus: „Statt über Schutzkonzepte für Opfer und über deren Situation nachzudenken, wurde die Diskussion mit rassistischen Bildern aufgeladen“

Seit der Silvesternacht haben sich vermehrt in ganz Deutschland selbsternannte „Bügerwehren“ gegründet. Auch in Oldenburg gibt es mindestens 3 verschiedene Gruppen, die sich den Schutz „deutscher Straßen“ auf die Fahne geschrieben haben. Es ist ein beunruhigender Trend, der sich da auftut.

Das Phänomen der „Bürgerwehr“ ist nicht neu, allerdings in diesem Ausmaße schon. Die Facebook-Gruppen lesen sich hier auch wieder einmal nicht nur stark rassistisch, sondern auch sexistisch.

Bereits Anfang des Jahres gab es von einer Politikerin der Partei „die Linke“ aus Thüringen eine parlamentarische Anfrage, wonach mindestens 7 „Bürgerwehren“ bundesweit „Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Ausrichtung“ hätten. Daraufhin räumte die Bundesregierung schon selbst ein, dass diese Aufzählung nicht vollständig sei. Ein Blick in die Mitgliederlisten der Facebook- „Bürgerwehren“ zeigt, dass es nicht nur ein Verdacht, sondern eine Tatsache ist. Neben „besorgten Bürger*innen“ treffen hier Menschen aufeinander, die in Parteien wie der NPD oder der AfD verortet sind, in neonazistischen Kameradschaftszusammenhängen auffielen, oder bekannte Neonazis oder Hooligans sind. Der Grund für ihr Interesse an „Bürgerwehren“ stellt hierbei eindeutig eine Instrumentalisierung von sexistischen oder gewalttätigen Vorfällen für ihren Rassismus, für Populismus und Agitation dar.

Wir finden es wichtig, dass wir Diskussionen über Sexismus, sexualisierte Gewalt und unseren Umgang damit führen. Aber in einer solchen Diskussion darf Rassismus keinen Platz haben. Lasst uns die Rassist*innen, die als „Antisexismusfront“ auftreten, entlarven und ihnen keinen Raum geben.

von: antifa.elf Oldenburg

Weiterführende Literatur:

- Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung: Das Bild des „übergriffigen Fremden“. Warum ist es ein Mythos? Wenn mit Lügen über sexualisierte Gewalt Hass geschürt wird.
- Not Getting it: Sexuelle Gewalt als gesellschaftlich-strukturelles Problem
- Studie der Bundeminesteriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Lebenssituation, Sicherheit und Gesundheit von Frauen in Deutschland
- Buch: antissexismus_reloaded. Zum Umgang mit sexualisierter Gewalt – ein Handbuch für die antisexistische Praxis. UNRAST Verlag

„Menschenrechte sind unteilbar!" Demonstration am 15. Januar

von: Alhambra-Redaktionskollektiv

Am 15. Januar folgten mehrere hundert Menschen in Oldenburg dem Aufruf der IBIS e.V. und Geflüchteten und demonstrierten unter dem Motto „Menschenrechte sind unteilbar" gegen sexualisierte Gewalt und Rassismus. Hintergrund der Demonstration war der medial ausgeschlachtete Vorfall sexualisierter Gewalt in der Silvesternacht in Köln.

Durch die Ereignisse in Köln wurde eine öffentliche Diskussion um Sexismus und sexualisierte Gewalt gegenüber Frauen losgetreten. Eine Diskussion, die grundsätzlich zu begrüßen wäre, würde sie nicht, wie in diesem Fall, als Vorwand für rassistische Hetze dienen.

Während im Zentrum der Berichterstattung die sexualisierte Gewalt durch Geflüchtete an „deutschen" Frauen steht, wird sexualisierte Gewalt die Frauen in Geflüchtetenunterkünften erleben, marginalisiert. Von sexuellen Übergriffen in Geflüchtetenunterkünften in Bremen Ende 2015 und daran anknüpfende Überlegungen Frauen separat unterzubringen, ist nur wenig bekannt. Auch die Ermittlung gegen Angestellte eines Sicherheitsdienstes einer Kölner Geflüchtetenunterkunft aufgrund von Vorwürfen der sexualisierten Gewalt gegenüber geflüchteten Frauen fand sich in der Berichterstattung über Sexismus nicht wieder. Gerade geflüchtete Frauen sehen sich mit den Problemen konfrontiert, die ein rechtsfreier Raum mit sich bringen kann.

Als Alhambra-Redaktionskollektiv wollten wir uns in dieser Ausgabe mit dem Thema auseinandersetzen. Dabei war es unser Anspruch nicht aus unserer „weißen" Perspektive heraus einen weiteren Artikel über das Verhältnis von Sexismus und Rassismus zu verfassen, sondern mit den Menschen zu sprechen, die, insbesondere nach der Silvesternacht, von Rassismus betroffen sind. Die Demonstration am 15. Januar in Oldenburg zum Anlass nehmend, wollten wir mit Geflüchteten, die bei der Durchführung dabei waren, über Hintergründe, Erfahrungen, Netzwerke und die aktuelle Situation in Oldenburg, sprechen und ein Interview in dieser Ausgabe veröffentlichen. Der größte Teil der Teilnehmer*innen an der Demonstration waren Geflüchtete, die diese Möglichkeit genutzt haben, um ihre Perspektive auf zahlreichen Schildern, Transparenten und Plakaten ausdrucksstark darzustellen.

Über den persönlichen Kontakt zu einer dritten Person, haben wir einen Interviewtermin mit Mitorganisator*innen der Demonstration vereinbart. Zum vereinbarten Termin war unsere Kontaktperson erkrankt. Erst im Gespräch mit vier Geflüchteten aus Syrien und dem Irak haben wir festgestellt, dass unsere Gesprächspartner nicht an der Organisation der Demonstration beteiligt waren und nur zum Teil an der Demonstration teilgenommen hatten. Unsere eigentlichen Gesprächspartner wurden im Vorfeld des Interviews in eine andere Stadt verlegt. Wir haben deshalb weniger über die Organisation, Durchführung der Demonstration und die damit verbundene Vernetzung und politische Intention erfahren als erwartet. Vielmehr sprachen wir über die Wahrnehmung der rassistischen Hetze nach den Ereignissen von Köln durch die vier Geflüchteten.

Im Gespräch haben sie angegeben, dass sie über soziale Netzwerke von den Ereignissen in Köln erfahren hatten und verdeutlichten, dass sie sexualisierte Gewalt gegen Frauen ablehnen. Die Demonstration in Oldenburg haben zwei von ihnen zum Anlass genommen, um Position zu beziehen:

„Wir sind rausgegangen und haben gesagt, dass wir nicht alle gleich sind und dass wir nicht wie DIE sind und wir hassen was passiert ist."

Auch die aktuell miese Situation in Oldenburg war Gegenstand des Gesprächs. Wie unsere Gesprächspartner berichteten, warten auch sie seit Monaten auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge, leben in Massenunterkünften mit fehlendem Rückzugsraum und mit der ständigen Angst vor Abschiebung oder Verlagerung an andere Orte. Das nimmt ihnen die Chance in Oldenburg anzukommen und ein Leben abseits von Krieg und Vertreibung aufzubauen. Unter diesen Bedingungen ist Selbstbestimmung vielen Geflüchteten nicht möglich. So berichteten die Vier über ihre Wohnverhältnisse in der Massenunterkunft:
„Das Licht geht um 10.00 aus und geht um 6.00 an."

„Ich hoffe, dass ich hier in Oldenburg bleiben kann. Ich besuche hier seit drei Monaten die Schule und habe viele Aktivitäten mit Menschen von hier unternommen und wir haben probiert mit den Johannitern zu arbeiten und im Museum. Aber wir wünschen uns nur zu bleiben. Denn wenn du wieder wechseln musst, dann musst du wieder von vorne anfangen."

Diese Lebensbedingungen erschweren den Aufbau von sozialen und politischen Netzwerken von Geflüchteten und politischen Akteur*innen in Oldenburg. Vor diesem Hintergrund ist es umso wichtiger über erfolgreiche Aktionen und Vernetzungen, wie sie im Januar in Oldenburg und in den letzten Monaten auch in Bremen stattgefunden haben, zu berichten.

Erst Ende März protestierten Geflüchtete in Bremen gegen ihre Kasernierung in einer Turnhalle, indem sie das „Mobiliar" zerstörten. Aktionen wie diese verkommen in den meisten Medien allerdings häufig zu einer Randnotiz.

Wir freuen uns daher auf eine bessere Vernetzung und weitere gemeinsame Aktivitäten zur Durchsetzung menschenwürdiger Lebensbedingungen.

Nur weil keine*r es weiß, heißt es nicht, dass nichts passiert!

Fotos: Johannes Bichmann / soul-photo.com

Rassismus damals, Rassismus zwischendurch, Rassismus heute

Wie der Bundesgerichtshof seinen eigenen Rassismus kritisiert und was man dabei für die Flüchtlingsdebatte lernen kann.

Ein Text der Gruppen gegen Kapital und Nation

Seit Merkels „Wir schaffen das“ kann man in der bürgerlichen Presse am laufenden Meter Artikel zu diversen Themen finden, die skeptisch beäugen, ob das so stimme. Klassisch ist etwa die Kostenfrage in Sachen Sozialstaat. Dann gibt es die Artikel, die sich um ordnungsgemäße Verwaltungsabläufe Sorgen machen. Die Integration als Anspruch wird unterstrichen und gleichzeitig vor Terroristen gewarnt. Und nicht erst seit der Silvesternacht in Köln geht es um das Thema Kriminalität, jetzt aber intensiver und verknüpft mit dem Thema sexuelle Übergriffe.

Und zwischendurch stolpert man über eine Auseinandersetzung des Bundesgerichtshofes mit seiner eigenen rassistischen Vergangenheit, wobei dessen Präsidentin explizit eine Parallele zur Flüchtlingsdebatte sieht. In einem Urteil von 1956 hat der BGH Entschädigungsforderungen von Roma und Sinti wegen ihrer Zwangsumsiedlung im Jahr 1940 zurückgewiesen. Der BGH befand 1956, dass zwar die Deportation nach Auschwitz im Jahr 1942 rassistisch gewesen sei. Aber zwei Jahre vorher, bei der Zwangsumsiedlung von Sinti und Roma nach Polen, seien die Gründe nachvollziehbare kriminalpolitische gewesen. Das BGH befand: „Sie neigen, wie die Erfahrung zeigt, zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien, es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe der Achtung vor fremden Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist.“[1]

Vom Zentralrat der Sinti und Roma vor anderthalb Jahren darauf angesprochen, gibt der heutige BGH auf einem Symposium zu, das Urteil von 1956 war rassistisch. Was ist die Lehre für heute? „Die aktuelle Flüchtlingsdebatte macht uns bewusst, wie rasch wir auch dieser Tage mit weit verbreiteten Pauschalierungen von angeblichen und vielfach an bloßen Äußerlichkeiten festgemachten Wesensmerkmalen betroffener Gruppen konfrontiert sind.“[2] (Bettina Limperg, BGH-Präsidentin)

Hat sie was bemerkt? Fällt ihr eine Parallele zum politischen Vorhaben ein, kriminelle Ausländer noch einfacher abzuschieben als schon bislang möglich? Vermutlich nicht, denn das große „Sorry“ wurde zusammen mit einer Stellvertreterin genau des Ministeriums vorgetragen, das heute mit Justizminister Heiko Maas (SPD) die Abschiebung von „kriminellen Ausländern“ vorantreiben will.

Die Suche nach dem kriminellen Wesen

Die Lehre, die Limperg zieht, geht auch völlig am Kern von rassistischem Denken vorbei. Dieser Rassismus gegen Sinti und Roma im nationalsozialistischen Deutschland und 1956 beim BGH hat seinen Grund nicht einfach in einem Vorurteil, einer logisch schlecht gemachten Verallgemeinerung oder einem Pauschalurteil, sondern in einem suchenden Blick auf die Menschen, der wegen einem Ideal eines anständigen nationalen „Wirs“ im Kopf, fündig werden will:

Der Ausgangspunkt des suchenden Blicks ist die Vorstellung, dass die Gesellschaft eine gute Sache für alle wäre, wenn jeder sich an die Regeln hält, also gewillt ist, sich im Zweifelsfall zurückzunehmen. Darüber hinaus soll jeder auch bereit sein, sich für das große Ganze ordentlich einzusetzen, also auch zu opfern. Das meint das BGH-Urteil von 1956 mit der Sittlichkeit. Diese Vorstellung ist ein Ideal, weil nicht behauptet wird, dass alles bestens ist, sondern nur, dass alles bestens sein könnte, wenn sich die Gesellschaftsmitglieder nur richtig verhielten.

Nun kann man in dieser Gesellschaft Armut in den verschiedensten Formen

massenhaft beobachten. Arbeitslosigkeit ist keine Ausnahme und steht als Drohung hinter jeder regulären Beschäftigung. Ein normaler Lohn reicht zum sorgenfreien Leben nicht hin und dass nicht erst wenn die Mieten mal wieder kräftig steigen. Diese Armut wird hergestellt gerade unter Beachtung der Gesetze und das könnte einem das Ideal eines harmonischen Miteinanders bei allseitiger Rechtstreue mal madig machen.

Wer aber an dem Ideal festhalten will (und das sind leider 99% der Bevölkerung), dem fallen insbesondere Handlungen anderer auf, die verboten sind. Davon gibt es viele. Es gibt wenige, die nicht wenigstens bei der Steuer schummeln und hier und da mal bescheißen. Unternehmen tricksen bei Abgaswerten oder schmieren den einen oder anderen Beamten. Das ist kein Wunder: Wenn alle den Auftrag bekommen, ihren Lebensunterhalt übers Geld abzuwickeln und diesen in Konkurrenz gegen andere erwirtschaften müssen, dann sind die Gesetze einerseits das Mittel der Konkurrenz und zugleich eine Beschränkung des eigenen Vorankommens. Der Kapitalismus funktioniert und zeitigt seine Konsequenzen in Sachen Armut und Existenzunsicherheit, weil sich alle im Großen und Ganzen an die Gesetze halten. Aber Gesetzesübertretungen sind seine ständige Begleiterscheinung. Wer dagegen das Ideal des anständigen Miteinanders, das sich für alle auszahlen würde, hoch hält, bei dem kommt nur die Frage auf, warum Leute ohne guten Grund dieses Miteinander versauen. Schon ist man nicht mehr bei einer theoretischen Debatte darüber, warum Leute Gesetze übertreten, sondern ist im Bereich der Moral, des Anstands. Gesetzesübertreter haben nicht einfach ihre vielleicht zu kritisierenden Gründe, dieses oder jenes zu machen, sondern sie seien schlecht und handelten in böser Absicht.

In der Regel wird vor Gericht die konkrete Handlung des Angeklagten mit dem Gesetz verglichen. Die Motivation spielt bei diesem Vergleich zunächst keine Rolle. Ist eine Abweichung festgestellt worden, geht es um das Strafmaß. An dieser Stelle spielt die Motivation eine sehr eigentümliche Rolle. Das Gericht will jetzt feststellen, wie sehr der Täter eigentlich das Gesetz übertreten wollte.[3] Als ob der Hauptzweck des Diebes beim Klauen das Gesetzesübertreten war und nicht vielleicht schlicht die Tatsache, dass er Hunger hatte. Hat der Täter sich lange vorbereitet, dann kommt eine höhere Strafe herum. War der Täter betrunken, dann gilt das als strafmindernd, weil der Wille nicht ganz zurechnungsfähig war. Innere Gründe werden so zu dem entscheidenden Punkt an einer Tat erklärt und damit wird der Übergang zum inneren Wesen des Menschen gemacht: Der Täter hat nicht einfach etwas Verbotenes getan, sondern er hat aus „krimineller Energie“ gehandelt.[4] Plötzlich soll es eine innere Kraft geben, die einen Menschen dazu drängt, Gesetze zu übertreten. Wichtig ist jetzt nicht mehr, dass jemand regelmäßig Fahrräder klaut, weil er sich über den Weiterverkauf sein Geld zum Leben organisiert, sondern die Regelmäßigkeit wird jetzt zum Beweis, dass in ihm eine unanständige Kraft wirke, eben die kriminelle Energie.[5] In Erinnerung an das BGH-Urteil von 1956: Die guten Menschen haben eine innere positive Kraft „sittliche Antriebe“, den anderen geht dieser Trieb ab („es fehlen“), stattdessen sitzt da im Wesen ein anderer Trieb, der „Okkupationstrieb“.

Ein Zwischenfazit lässt sich festhalten, noch bevor man zum Rassismus im engeren Sinne kommt: Idealisten des guten Miteinanders durch Anstand finden laufend Anlässe in der Gesellschaft, „schlechte“ Menschen ausfindig zu machen und dichten ihnen dann dieses Böse-Sein, das Unanständig-Sein, als inneres Wesen an.

Wer da suchet, der findet

Dieser suchende Blick in die Gesellschaft kann sich an allerlei Sachen festmachen. An Individuen (das ist so einer!), an Familien (der Apfel fällt nicht weit vom Stamm), an Klassen oder Schichten (z.B. Sarrazin, der meint, dass 20% jeder Gesellschaft von Natur aus unbrauchbar sind für eine Gesellschaft), an Regionen (ob die „Jammer-Ossis“ wirklich für Deutschland ein Beitrag sind, fragt sich ja mancher „Wessi“ immer noch). Oder eben an „Rassen“. Auf der einen Seite bestreiten die meisten bürgerlichen Menschen mittlerweile, dass es sowas gäbe. Aber Ethnien, Völker und Kulturkreise stehen ja als Kategorien weiterhin hoch im Kurs und daran lässt sich ebenso gut anknüpfen, wenn man fündig werden will – im Kern sind es nur neue Wörter für denselben rassistischen Gedanken. Und dass die Körperpigmentierung für eine Menge an Verhaltensweisen stehen soll, die einem inneren Wesen entspringen würden, ist ebenfalls ein weit verbreiteter, wenn auch falscher Gedanke.[6]

Als Rassismus gelten vielen Kritikern heutzutage in der Regel nur solche Aussagen, die explizit auf Vererbungsmerkmale Bezug nehmen. Nur völkischer Rassismus ist dann Rassismus. Dagegen soll hier nochmal darauf hingewiesen werden, dass das Urteil „eine Gruppe sei unhintergehbar charakterlich so oder so aufgestellt“ auch ohne Vererbungslehre auskommt. Das BHG-Urteil von 1956 spielt zwar mit dem „Urmenschen“-Vergleich auf Vererbungslehre an, es lässt sich aber auch anders verstehen: Menschen halten sich in einer Gruppe (oder Region, Kulturkreis) auf, und durch das Leben in dieser Gruppe würde ihnen ein bestimmter Charakter anerzogen, den sie nicht wieder ablegen können. Dies ist kulturalistischer Rassismus in Abgrenzung zum völkischen oder biologistischen Rassismus. Der Unterschied besteht darin, dass nicht die Natur einen Menschen unhintergehbar zu so einem oder zu solch einem Menschen macht, sondern die soziale Umwelt. Gemeinsam ist beiden Varianten des Rassismus der suchende Blick nach einem moralischen Wesen, der dann in beiden Fällen im Ergebnis unabänderliche Charaktermerkmale findet.

Das rassistische Differenzierungsvermögen heute

Die Nazis haben es für ihr großes Weltmachtprojekt für absolut notwendig erachtet, das deutsche „Wir“ neu und radikal zu sortieren: Nur mit einem anständigen „Wir“ als Grundlage konnte für sie Deutschland wieder etwas werden in der Welt. Und je größer die

Anstrengungen waren, die Hitler dem deutschen Volk abverlangen wollte (zunehmend mit dem Krieg), umso härter haben die Nazis aussortiert, bis hin zur Vernichtung von Menschen. Diese Vernichtungspolitik hielt der Bundesgerichtshof 1956 für rassistisch motiviert, weil sie für den damaligen BGH keinen Sinn machte.[7] Dass die Nazis aber die Sinti und Roma kurz vorher aus Deutschland heraus deportieren wollten, erschien dem BGH 1956 wiederum als sehr plausibel. Manche Menschengruppen würden eben prinzipiell nicht in eine anständige Gemeinschaft passen, weil sie ihrem Wesen nach zur Kriminalität neigen würden. Heute kritisiert sich der BGH selbst als ehemals rassistisch und das Justizministerium stimmt dem zu: Roma und Sinti sind nicht von Natur aus kriminell, so das offizielle Statement, und wer das Gegenteil behauptet, der macht eine falsche Verallgemeinerung. Der suchende Blick ist damit überhaupt nicht angesprochen, so dass bleibt: Nur manche Sinti und Roma sind ihrem Wesen nach kriminell, nicht alle!

Und mit diesem rassistischen Differenzierungsvermögen vom Standpunkt des Nationalisten wird derzeit die Flüchtlingsdebatte geführt. Dass „wir" Flüchtlingen aus Kriegsgebieten helfen, das spricht für „uns" als Gemeinschaft der Anständigen. Wenn die aber mehr wollen als keine Bombe auf den Kopf bekommen, z.B. sich berechnend eine neue Existenz lieber in Deutschland als in der Türkei oder Griechenland aufbauen, dann nutzen die „unsere" Hilfsbereitschaft aus und das spricht schon mal für einen schlechten Charakter der Flüchtlinge. Nun gut, ganz sicherstellen, dass „die" in Griechenland bleiben, kann man wohl gerade nicht, so das bisschen Pragmatismus der Merkel-Politik, also wird fortgeschritten, dass „die" sich zu integrieren haben.[8] Integration umfasst dabei alles, was dazugehört, eben ein anständiges Mitglied in der deutschen Gesellschaft zu werden.

Und ob „die" das überhaupt können, dahinter steht ein dickes rassistisches Fragezeichen. Und je nachdem, welchen politischen Weitblick man hat, findet die rassistische Sortierung statt: „Ausländer raus" ist der Standpunkt des ganz rechten Rands. Flüchtlingszahlen deutlich mindern und kriminelle Ausländer leichter abschieben, ist der Standpunkt der bürgerlichen Mitte.[9] „Aufklärung" wird in dem Sinne betrieben, dass es vor allem die Nord-Afrikaner seien, die kriminell sind, Syrer dagegen nicht so doll. Und damit man die skeptische Bevölkerung beruhigen kann, soll jetzt schön nach Herkunftsregionen statistisch erfasst werden, wer was wie oft anstellt. Das gilt natürlich alles nicht als Rassismus, sondern als eine verständliche kriminalpolitische Maßnahme.

Das Wissen über Rassismus als Kulturgut

Noch eine letzte Überlegung zum Thema dieser Variante Rassismus. Manchmal kommt er sehr abstrakt daher, wenn „die Anderen" sowieso einfach nicht zu „uns" passen. Soweit es um konkretere Schuldzuweisungen an das innere Wesen irgendeiner vorhandenen oder empfundenen Bevölkerungsgruppe geht, gibt es plötzliche Änderungen, bei manchen aber recht beharrliche Urteile, die auch jeder kennt, selbst wenn er sie nicht teilt. So ist der Diebstahl ein Thema in Sachen Unanständigkeit, das mit dem Antiziganismus recht deutlich verwoben ist. „Dem Juden" wird dagegen u.a. die besondere Geldgier nach-

gesagt, also ein mangelnder Wille sich für die Gesellschaft zurückzuhalten. Im Rassismus gegen „Schwarze“ spielt die natürliche Wildheit (als Idee und Legitimation dafür, dass er von „Weißen“ nur zu seinem eigenen Besten geführt werden müsse, bestimmte Tätigkeiten zugewiesen bekommen müsse, von bestimmten Tätigkeiten in einer Gesellschaft ausgeschlossen werden müsse oder aber, radikalisiert, gleich aus der Gesellschaft ausgeschlossen gehöre) und dabei wiederum der männliche Sexualtrieb eine beharrliche Rolle. Diese gesellschaftlich gültige Assoziation ist mit der Köln-Silvester-Diskussion erfolgreich abgerufen und bestätigt worden. Keine gute antirassistische Praxis ist dann der Versuch, darauf hinzuweisen, dass 50 Täter nicht alle sind, dass „überwiegend nordafrikanisch“ eben auch sagt, dass auch andere dabei waren oder dass Deutsche sowas doch auch machen, etwa auf dem Oktoberfest. Damit verpasst man den ganzen Kern der Debatte, wie sie geführt wurde, der darin besteht, dass es gute, anständige Menschen bräuchte für eine allseitig gut funktionierende Gesellschaft und daher die Suche nach wesensmäßig schlechten Menschen am Leben erhält.

Wie Staatspersonal und Bürger sich im Rassismus aus unterschiedlichen Gründen leider einig werden

Für diesen Rassismus braucht es keine Schädelmessungen wie im Nationalsozialismus. Man darf hingegen gespannt sein, was die Neurowissenschaften irgendwann mal zur Kriminalitätsbereitschaft so „erforschen“ – die kühne Thesen, dass man das Kriminalitätsgen bald finden wird, gibt es ja schon. Rassismus beruht aber nicht auf falscher Wissenschaft, sondern, die falsche Wissenschaft gibt es wegen des Rassismus‘ der Wissenschaftler und sie liefert fortwährend Belege für einen Standpunkt, den es aus ganz anderen Gründen gibt:

Der Staat und seine Organe (Politik, Justiz und Polizei) sind interessiert an einer freiwilligen Unterordnung zum Zwecke des glatten Durchregierens für einen wachsenden nationalen Reichtum, der dann wiederum den Staat mächtig macht. Dafür wollen sie ein anständiges Volk. Eine rassistische Antwort ist eine Variante, bei der berufsmäßigen nationalistischen Suche nach Störern. Die Bürger meinen, sie stünden besser da, wenn alle Menschen endlich anständig wären und wollen dafür einen starken Staat, der Mores lehrt und Unverbesserliche aus der Gesellschaft ausschließt. Deutsche, bei denen ein schlechter Charakter ausgemacht wurde, gehören für sie in den Knast, kriminelle Ausländer sollen weg.

So geraten die meisten Menschen armutstechnisch unter die Räder, weil die Gesetze mit Erfolg durchgesetzt werden. Die Bürger gehen dennoch auf diesen gesellschaftlichen Zustand mit dem unabrückbaren Ideal los, dass wenn sich nur alle anständig – also der nationalen Moral gemäß – benehmen würden, es hier schon zu einem harmonischen Leben kommen sollte. Dass dieses Ideal permanent und notwendig gestört wird – eine Welt des Eigentums ist nun mal eine des permanenten Hauen und Stechens – nehmen sie nicht zum Anlass, sich ihre meist prekäre Existenz zu erklären, die ihnen der Staat mit der Verpflichtung aufs Geldverdienen einbrockt und vom Ideal abzurücken, sondern sich auf die Suche nach den Schuldigen – den Störern der Harmonie – zu machen. Eine Konsequenz, die sie ziehen, ist die Welt des Rassismus, deren Bilder und Inhalte mal plump, mal hochwissenschaftlich daher kommen, die Konsequenzen aber immer brutal für die Betroffenen sind. Und zwar nicht erst dann, wenn er wie jüngst in Clausnitz oder Bautzen handfest wird.

Ein Text der Gruppen gegen Kapital und Nation, März 2016

www.gegner.in

[1] Das ganze Urteil (im folgenden als „BGH 1956“ zitiert) ist nachzulesen auf: https://www.jurion.de/Urteile/BGH/1956-01-07/IV-ZR-273_55; gefunden am 23.02.2016.

[2] Zitiert nach Süddeutsche Zeitung 18.02.2016, S. 6.

[3] Siehe dazu den Text „Das staatliche Strafen“ das Unterkapitel: „6. Die strafrechtliche Bestimmung von Schuld: mangelnder Wille zur Unterordnung unter die bürgerliche Rechtsordnung“: https://gegen-kapital-und-nation.org/das-staatliche-strafen/#6

[4] Zum Vergleich mit der heutigen Verschärfung der Abschiebung von Ausländern, die ein Gesetz übertreten haben, im Folgenden in den Fußnoten einige Zitate an den entsprechenden Stellen. Hervorhebungen dabei von GKN. Hier sei die CDU-Bundestagsabgeordnete Veronika Bellmann zitiert, die bereits im Sommer 2015 forderte: „Wer hier durch kriminelle Energie und Straftaten sein Asylrecht missbraucht, Menschen und Sachen bedroht, hat sein Aufenthaltsrecht in unserem Lande verwirkt, muss zwingend abgeschoben und bis zum Vollzug inhaftiert werden, um die Allgemeinheit zu schützen“. Zitiert nach dem Handelsblatt vom 29.09.2015. http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/fluechtlingsdebatte-cdu-innenminister-will-kriminelle-asylbewerber-abschieben/12380020-2.html; gefunden am 05.03.2016

[5] In dieser Denke hat der Täter, dann nicht ein Gesetz gebrochen, sondern ihm wird als Motiv untergeschoben, gleich eine ganze Rechtsordnung abzulehnen. Spiegel online zitiert am 07.01.2016 die Bundeskanzlerin: „Zu reden sei auch über möglichen Handlungsbedarf bei der Ausweisung straffälliger Ausländer, sagte Merkel. Es sei zu prüfen, `ob wir, was Ausreisenotwendigkeiten anbelangt (...) schon alles getan haben, was notwendig ist, um hier auch klare Zeichen zu setzen an diejenigen, die nicht gewillt sind, unsere Rechtsordnung einzuhalten.`“ http://www.spiegel.de/politik/deutschland/koeln-angela-merkel-bringt-striktere-abschiebepraxis-ins-spiel-a-1070958.html; gefunden am 05.03.2016.

[6] Wobei hier daran erinnert werden soll, dass ein nach Anstand suchender Mensch sich unterschiedliche Hautfarben auch ordentlich einbilden kann.

[7] „Die Klägerin ist auch nach dem schon erwähnten Auschwitz-Erlaß Himmlers vom 16. Dezember 1942 festgehalten worden. Dieser Erlaß bedeutet, darüber besteht allgemeines Einverständnis in Rechtsprechung und im Schrifttum, eine entscheidende Wendung in der Zigeunerpolitik des sogenannten `Dritten Reiches`. Er unterwirft alle Zigeuner Maßnahmen, die nur aus der Rassenideologie des Nationalsozialismus erklärt werden können.“ (BGH 1956)

[8] Für eine differenziertere Analyse der deutschen Flüchtlingspolitik siehe https://gegen-kapital-und-nation.org/was-merkels-kurzer-sommer-der-menschlichkeit-über-die-deutsche-realität-aussagt/ Der Text ist im Oktober 2015 geschrieben worden, seit dem hat sich natürlich einiges getan.

[9] Spiegel online stellt am 08.01.2016 die Position des SPD-Vorsitzenden und Vizekanzlers vor: „`Ich sage: Null Toleranz gegenüber Kriminalität und sexuellen Übergriffen`, zitiert die `Bild`-Zeitung Gabriel. Der Staat müsse stark und handlungsfähig bleiben: `Das sind wir den Deutschen und der überwiegenden Mehrheit der anständigen Flüchtlinge schuldig.`“. http://www.spiegel.de/politik/deutschland/koeln-uebergriffe-an-silvester-vizekanzler-gabriel-fordert-hartes-vorgehen-gegen-taeter-a-1071009.html; gefunden am 05.03.2016. Man achte darauf, dass in dem Zitat die Deutschen irgendwie prinzipiell als anständig unterstellt werden im Vergleich zu den Flüchtlingen, bei denen es solche und solche gäbe.

NO BORDER!
NO NATION!

Immer wieder fahren Gruppen - auch aus Oldenburg - an die europäischen Grenzen, um dort flüchtende Menschen zu unterstützen, zum Beispiel in Form von mobilen Küchen.

Diese Leute sind auf Eure Hilfe angewiesen!
Besonders Geldspenden werden immer dringend benötigt.

Geldspenden gehen - soweit nicht anders vermerkt - auf das Konto der Roten Hilfe Salzwedel, von dort aus wird die Unterstützung koordiniert.

Spendenkonto:
Rote Hilfe e.V. / OG Salzwedel
KTNr.: 400 723 8312
BLZ: 430 609 67
IBAN: DE93 4306 0967 4007 2383 12
BIC: GENODEM1GLS
GLS Gemeinschaftsbank eG
Verwendungszweck: just people

Aktuelle Hilfe- und Spendenaufrufe:

http://grenzenloskochenhannover.blogsport.de
http://rotehilfesalzwedel

Infos zur Situation an den Grenzen:

http://bordermonitoring.eu/
http://balkanroute.bordermonitoring.eu/

NO DEPORTATION GRUPPE

No Deportation Gruppe Oldenburg

Wir haben uns Anfang diesen Jahres mit dem Ziel gegründet, Menschen, die von einer Abschiebung oder einer sogenannten „Dublin-Überstellung“ bedroht sind, zu unterstützen. Jeden 1. Donnerstag im Monat haben wir ein offenes Treffen um 18 Uhr im Alhambra (der Treffpunkt ist draußen vor der Tür, falls sich etwas ändert, steht das auch auf der Alhambra-Homepage). Wenn ihr daran interessiert seid, bei der Gruppe mitzumachen, kommt gerne vorbei!

Groupe contre la deportation Oldenburg

Nous avons fondé une groupe qui veut agir contre la deportation par rapport de la systeme de Dublin III et donne soutien pour les gens qui sont menacés d´etre expulser. Il y a chaque premiere jeudi du mois un rencontre ouvert á 18 Uhr.

Le prochaine: 03.12. 18.00 Uhr

Lieu: Alhambra

On se rencontre devant l éntreé´.

Pour le cas de changement du temps ou lieu tu trouveras l´information au page dáccueil d`Alhambra.

Vous etes bienvenue d´etre part de notre groupe.

No Deportation Group Oldenburg

We formed as a group of anti-racist-activists for the reason of supporting people who are under threat of being deported or of a so called „Dublin-Überstellung/ Dublin-Transfer“ . Every first thursday of a month there is an open meeting at 6 pm (in Alhambra). The meeting point is in front of Alhambra (in the case of a change regarding the meeting time or place check Alhambra‘s homepage). If you are interested in joining our group come by our open meeting. We are thankful for every new ally!

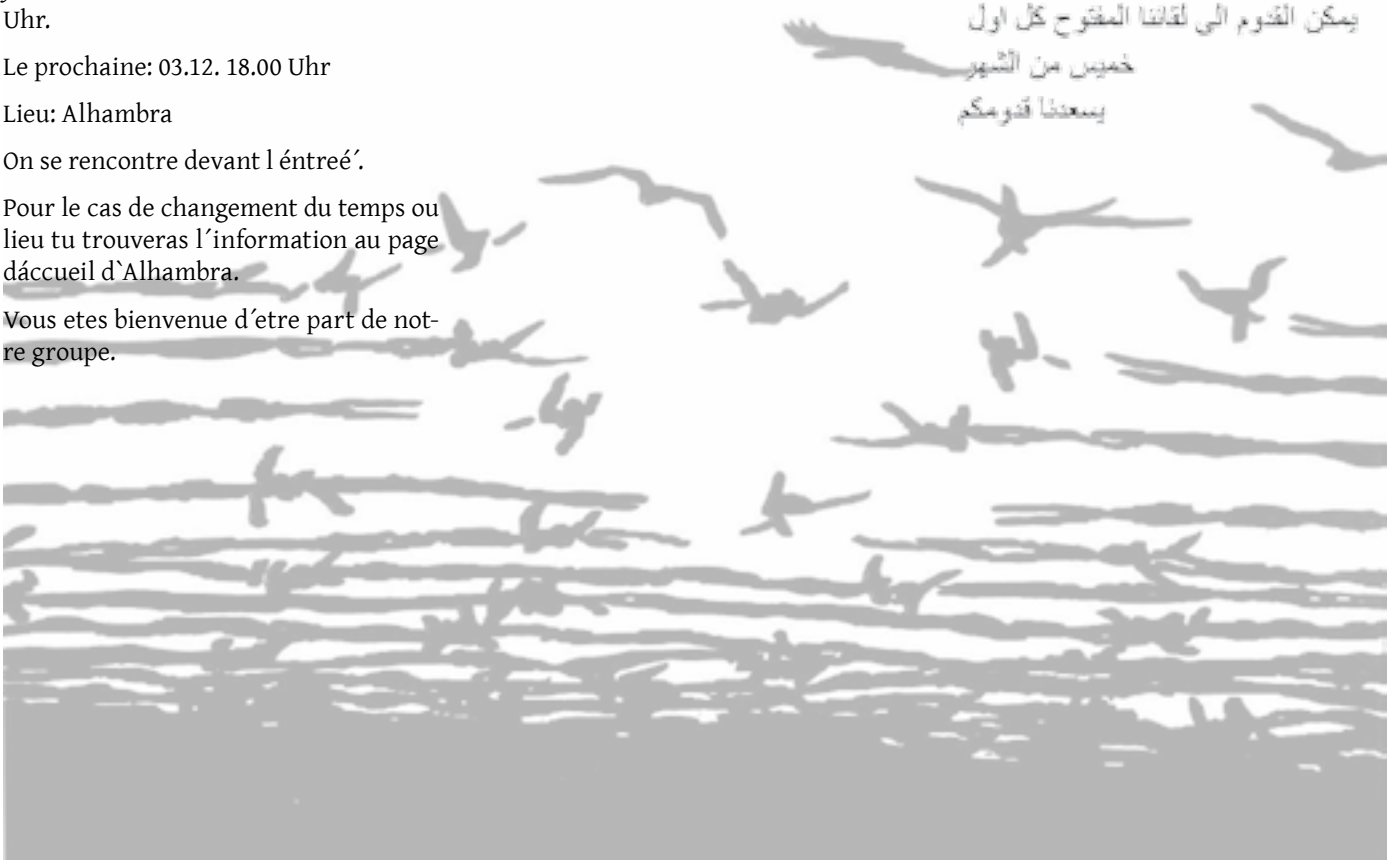
Grupo en contra de deportación

El grupo se formó al principio del año con el objetivo de ayudar a personas que están en peligro de deportación o de un así llamado “traslado” según el Reglamento de Dublin.

Hay una reunión abierta todos los jueves primeros de cada mes a las 18hrs. El punto de encuentro es delante de Alhambra. (Posibles cambios se avisarán en la página web de Alhambra).

¡Si tienen ganas de participar en el grupo no duden en venir! Estaremos agradecidos_as de recibir nuevos_as aliados_as.

" نحن مجموعة "لا للترحيل
تحاول مساعدة الأشخاص الذين قد
يواجهون الترحيل لخارج المانية الاتحادية
تحت ما يسمى قانون دبلن
تجتمع كل اول خميس في الساعة السادسة
مساء
6 pm
مقابل قصر الحمراء "يمكنكم التاكد دائما
من وقت و مكان اللقاء عبر الصفحة
" الرئيسية لقصر الحمراء
اذا كنتم مهتمين بنشاطات مجموعتنا
يمكن القدوم الي لقائنا المفتوح كل اول
خميس من الشهر
يسعدنا قدومكم



Wie treten wir dem

Zwei unbrauchbare Antworten auf den Aufschwung

Hessen hat kommunal gewählt und die noch nicht völlig verrohte Hälfte der Republik ist in hellem Aufruhr. Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) ist zweistellig und drittstärkste Kraft. Die Wahl, die auch als „Stimmungstest“ für die kommenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt gilt, zeigt einen eindeutigen Trend: Weniger Wahlbeteiligung, starke Verluste für die etablierten Parteien und Stimmenzuwächse für eine Partei, deren Kerngeschäft im Wesentlichen eine mit Provokationen medial inszenierte Hasskampagne gegen „Fremde“ ist.

So weit, so schlecht. Nun aber beginnt das große Rätselraten, wie dieser Bedrohung denn beizukommen sei. An und für sich ist auch genau das an der Zeit, denn es braucht eine Strategiedebatte. Allerdings sind viele der Vorschläge leider nicht nur unbrauchbar, sondern sogar kontraproduktiv. Einige wollen wir kurz besprechen.

Operation Styling: Makeup für den Zombie-Wähler

Großen Zorn im linksliberalen Milieu entfachte die geringe Wahlbeteiligung. „Um die AfD zu unterstützen, muss man sie nicht einmal wählen. Es reicht auch, wenn man nicht wählen geht. Und ja, das ist ein Vorwurf“, kommentierte der Grünen-Politiker Erik Marquart auf Twitter und fand Zustimmung bis ins außerparlamentarische linke Milieu. Diese These, gerne nach jeder Wahlniederlage von CDU bis Grüne bemüht, geht natürlich nicht auf.

Denn zum einen ist es ja nicht so, dass dadurch in irgendeiner Weise weniger Menschen existieren würden, die den rechten Rattenfängern hinterherlaufen, sondern nur die Prozentzahlen auf dem Papier würden hübscher aussehen. Die absolute Zahl an Stimmen für die AfD wird ja nicht dadurch geringer, dass mehr Menschen sich überwinden, die abgewirtschafteten Bürgerparteien anzukreuzen. Der Vorwurf an (linke) Nichtwähler, doch nächstes Mal bitte gegen besseres Wissen und Gewissen an die Urne zu dackeln und das Kästchen der Grünen (oder sonstwas) anzumalen, ist eine für dieses Milieu recht typische Vermeidungsstrategie: Man will, dass das Ding am Ende ein wenig hübscher aussieht, man möchte dem schon halb zum Zombie verkommenen Volkskörper noch ein letztes Mal ein schmuckes Gewand überwerfen, Makeup über die Wunden schmieren und ihn drappieren, auf dass man sagen kann: Na, so schlimm ist es ja noch nicht.

Zum anderen legen Umfragen nahe, dass selbst diese Operation Styling in die Hose gehen würde: Das Nicht-Wählerspektrum tendiert ebenfalls verstärkt nach rechts, also geht auch hier die Rechnung nicht auf.

Wichtiger aber noch ist: Wir sollen als Antimilitaristen, Antifaschisten und Antikapitalisten jetzt so tun, als ob SPD und Grüne das „kleinere Übel“ wären und die Hartz-IV-, Asylgesetztverschärfungs- und Kriegsparteien supporten, weil das unsere „demokratische Pflicht“ gegen die AfD ist. Und jene, die das ganze Jahr lang, wenn es keine Urnengänge gibt, auf dem gemütlichen Sofa sitzen, rufen uns hinterher: „Der Erfolg der AfD ist gleichzeitig Indiz für diese These wie hoffentlich auch ein Warnschuss für alle, die dieses Mal ihre Allerwertesten nicht hoch bekommen haben vom gemütlichen Sofakissen. Kapiert es endlich - und geht beim nächsten Mal gefälligst wählen!“ (Boris Tomic, Frankfurter Neue Presse)

Die Frustration von vor allem aus den Unterschichten kommenden Menschen über diese Form von Demokratie ist nichts, worauf wir mit moralischen Appellen zur Stabilisierung des Parlamentarismus reagieren sollten. Es kann uns nicht darum gehen, aus Angst vor der AfD oder sonstwem moralinsaure Jetzt-habt-euch-doch-nicht-so-Reden zu deklamieren, um ein System der Repräsentation zu konservieren, von dem sich kaum jemand repräsentiert fühlt. Wir müssen andere Formen von Teilhabe, Partizipation und gemeinsamen politischen Handelns entwickeln

Rechtsruck entgegen?

der AfD und ein Vorschlag zu einer brauchbaren

und nicht so tun, als sei die Bewahrung dieses grottigen Staats und seiner Mechanismen irgendeine Form des „Antifaschismus“. Die Antwort auf die „Alternative für Deutschland“ kann nicht sein, dass wir dann besser keine „Alternative“ brauchen, sondern sie muss lauten: Wir haben - anders als die AfD - eine tatsächliche Alternative zu diesen Parteien, diesen Wahlen und diesem Staat.

Operation Elfenbeinturm: Ihr seid so dumm, so hässlich, so verkommen

Eine andere Herangehensweise, die ohnehin schon immer sehr populär war, ist die der permanenten Publikumsbeschimpfung. Man besinnt sich darauf, selber einer von den Guten, Klugen und Schönen zu sein, und erklärt von diesem Podest aus das „Pack“ kollektiv zu primitiven, unterentwickelten Barbaren, die quasi schon von ihrer Natur her nicht anders können, als den räudigsten Parolen hinterher zu rennen.

Eine Zeit lang mag das funktioniert haben, denn es entsteht sozialer Druck: Wer will schon als verrohter schmutziger Neandertaler gelten, das kommt in Freundeskreis wie Beruf nicht gut an. Aber der Damm ist gebrochen und die moralischen Vorhaltungen sind nicht mehr geeignet, jene, die sich entschlossen haben, solches zu tun, davon abzuhalten, AfD zu wählen oder sich mit lächerlichen Traditionsfahnen auf Vorplätze von Hauptbahnhöfen zu stellen. Damit kein Mißverständnis aufkommt: Es gibt die Räudigen und Dummen in der AfD und all den anderen rechten Mobilisierungsversuchen zuhauf. Und es gibt massenhaft auch die, die so verkommen sind, dass der einzige Umgang, den man mit ihnen finden kann, der ist, sie unter Einsatz aller möglichen Mittel daran zu hindern, sich an anderen Menschen zu vergehen.

Aber das Problem, dass sich Unzufriedene und Abgegessene in Zeiten multipler Krisen eben nicht dahin orientieren, wo sie hingehören: nach links, sondern regressiven Krisenlösungsversuchen ein offenes Ohr leihen, werden wir nicht dadurch lösen, dass wir uns selbst moralisch oder intellektuell total super finden. Diverse Umfragen seit Entstehung der „Alternative für Deutschland“ zeigen, dass ein überwiegender Teil der Wählerschaft nicht in erster Linie wegen der eigenen Inhalte dieser Partei mit ihr sympathisiert, sondern einen „Denkzettel für die anderen Parteien“ verteilen will.

Diesem Teil der AfD-Sympathisanten könnte man erklären, was das Wirtschafts- und Sozialprogramm ihrer angeblichen „Partei der kleinen Leute“ eigentlich für sie bedeutet, nämlich nichts Gutes. Und dann müsste man sie darauf hinweisen, dass jeder Geflüchtete, jeder Dönerverkäufer und jede migrantische Putzkraft mehr an gemeinsamen Interessen mit ihnen hat, als die Hochadlige Beatrix von Storch, der Bismarck-Fan und Jurist Alexander Gauland oder der Salon-Nationalist Jürgen Elsässer.

Die Antifa-Debatte der vergangenen Jahre war hier eigentlich weiter als wir es in unserer Praxis heute sind. „Wenn wir nicht in der Lage sind, im Alltag nützlich zu sein, für uns und all die anderen, die das, was hier läuft, satt haben, werden wir noch so fluffige theoretische Papierchen schreiben können, es wird uns keinen wirklichen Schritt weiter bringen“, schrieb da die radikale linke berlin (rlb). Die NEA mahnte, die „Berührungsängste zur ‚Normalbevölkerung‘“ zu überwinden, und die Frankfurter Siempre Antifa schrieb: „Es kommt darauf an, eine systemüberwindende Perspektive wieder mit lokaler Arbeit in den Stadtteilen und Betrieben zu verbinden, um lokale Mobilisierungen gegen die herrschende Politik und damit für vom System nicht mehr integrierbare Forderungen herzustellen. Damit können wir Bewegungen, die den in bürgerlichen Klassengesellschaften stets vorhandenen Nährboden für rassistisches und nationalistisches Gedankengut für sich nutzen wollen, frühzeitiger und nachhaltiger bekämpfen.“

Wirksamer Antifaschismus hat die Zielgruppe schon abgeholt, bevor die Rattenfänger überhaupt einen Fuß in Kiez oder Betrieb gesetzt haben. Dafür mag

es in diesem Land spät sein, zu spät ist es aber nicht.

Was sonst? Zwei Strategien, eine Linie

Nehmen wir ein konkretes Beispiel aus der wahren Wirklichkeit: Mein Freund Martin (Name von der Redaktion geändert, Brudi :-)) ist Koch in einer Großküche. Bei einer HopfenSchorle erläuterte er mir kürzlich das Problem, dass mit jeder Generation „Junger“, die neu eingestellt werden, spürbar mehr rassistische Ressentiments an den Arbeitsplatz kommen, wo die Akzeptanz für derlei Gerede ohnehin immer schon hoch war. Was kann Martin tun?

Er hätte die Möglichkeit sich zurückzuziehen und mit diesen Typen nichts zu tun haben zu wollen. Er hätte auch die Möglichkeit, sie zu beschimpfen und ihnen zu sagen, dass sie Arschlöcher sind. Beides hätte eine klare Folge: Er würde isoliert und die anderen könnten sich weiter in ihren Sprüchen selbst bestätigen. Oder: Er greift das Problem der beschissenen Arbeitsbedingungen auf, integriert diese Leute in einen Kampf um die Gründung eines Betriebsrats und versucht auf der Ebene gemeinsamer Interessen ein Vertrauensverhältnis herzustellen, das es möglich macht, im gemeinsamen Gespräch die Ressentiments als das zu entlarven, was sie sind: Nutzlos, inhuman und falsch.

Dort, wo wir im Stadtteil und auf dem Arbeitsplatz, in der Lage sind, Formen politischer Selbstorganisierung, gemeinsamen Kämpfens und widerständigen Lebens zu schaffen, werden wir erfolgreicher gegen in der bürgerlichen Gesellschaft weit verbreitete Ressentiments sein, als dort, wo wir als Leute, die keiner kennt, mit erhobenem Zeigefinger zur Raison rufen. Wer jetzt meint, dieser Ansatz verharmlose irgendetwas oder sei ein Plädoyer die „Sorgen“ der Rassisten zu verstehen, liegt falsch. Es ist der exakt Gleiche, den die kurdische Bewegung in einer zutiefst patriarchalen, islamistischen und nationalistischen Umgebung gewählt hat, und man wird ihr nicht vorwerfen wollen, Patriarchat, Islamismus oder Nationalismus zu verharmlosen.

Neben dieser Strategie des Aufbaus der eigenen Strukturen von Gegenmacht kann aber in der derzeitigen Situation sicher auch die direkte Einschränkung des Handlungsspielraums der Faschisten nicht vernachlässigt werden: Räume müssen ihnen genommen werden, ihre menschenverachtende Hetze muss offen dargelegt werden (herausragend geschehen etwa dieses Wochenende) und diejenigen von ihnen, die ihre Weltanschauung in die Tat umsetzen wollen, müssen gehindert, bestraft und eingeschüchtert werden.

Diese Doppelstrategie wäre ein Vorschlag. Sie hätte den Vorteil, dass sie immun ist gegen einen „Antifaschismus“, der sich aus Schreck vor dem Aufschwung der Rechten in den Schoß derer flüchtet, die abschieben, ausbeuten und morden - nur eben unter schwarzem, rotem oder grünem Anstrich und geringfügig „zivilisierter“.

Von: Peter Schaber im Lower Class Magazine lowerclassmag.com

Offener antifaschistischer Treff Oldenburg

Wer sich für antifaschistische Politik interessiert und sich engagieren möchte, hat es oft nicht leicht, Räume und Ansprechpartner*innen zu finden. Vieles findet in geschlossenen Gruppen statt. Anschluss zu finden, ist oft nicht leicht.

Der Offene Antifaschistische Treff soll dem entgegenwirken und ein Raum für alle Menschen sein, welche sich mit dem Thema Antifaschismus auseinandersetzen wollen, Probleme mit Nazis haben oder einfach in einer netten Runde über die alltägliche Scheiße in Kaltland quatschen wollen.

In einem gemütlichen Rahmen kann der Treff ein Raum sein für Infoveranstaltungen, Vorträge, Filme, Austausch oder einfach einen Kneipenabend. Was passiert, entscheiden alle gemeinsam.

Nicht willkommen sind Mackertum, Dominanzverhalten, selbstgefälliges Dozieren, Sexismus, Homophobie, (israelbezogener) Antisemitismus, Verschwörungsideologien, Rassismus und Nazis.

Ansonsten laden wir alle Menschen ein, jeden 3. Montag im Monat um 20.00 Uhr ins Alhambra, in der Hermannstr. 83, in Oldenburg zu kommen.

Join The Resistance
Rhythms of Resistance
Would you like to make some noise in a drumming group? Join Rhythms of Resistance Oldenburg. We are part of a worldwide network of politically active drummers and dancers, using music, dance and flashy clothing as a form of protest.
Du hast Spaß am Rhythmus und hättest Lust darauf, in einer Trommelgruppe Krach zu machen? Rhythms of Resistance ist ein weltweites Netzwerk politisch aktiver Trommler*innen und Tänzer*innen. Wir benutzen Musik, Tanz und auffällige Kleidung als Aktionsform und begleiten Demos, Straßenfeste, und andere Veranstaltungen.
www.roroldenburg.wordpress.com
Every Thursday
6.30 pm
@
Alhambra
Hermannstraße 83
Oldenburg

Recht hat, wer am unterdrücktesten ist?

Über den Nutzen des Privilegienmodells im Kampf gegen soziale Ungleichheit

Seit einigen Jahren taucht in der antirassistischen und feministischen Linken immer wieder der Begriff des Privilegs als wichtige analytische Bezugsgröße auf. Über Diversity Studies, aktivistische Milieus und die feministische Blogosphäre haben diese Konzepte ihren Weg aus den USA in die hiesige Debatte gefunden, spätestens seit den Auseinandersetzungen um Critical Whiteness sind sie auch im deutschen Sprachraum einer größeren linken Öffentlichkeit bekannt. Sie beziehen sich auf Arbeiten von Theoretiker_innen wie W. E. B. Du Bois und Noel Ignatieff zur rassistischen Spaltung der US-Arbeiterklasse und auf Peggy Mclntoshs vielbeachteten Aufsatz »The Invisible Knapsack« (»Der unsichtbare Rucksack«, 1987). Heute sind sie ein wichtiger Bezugspunkt in der antirassistischen Bildungsarbeit. Sie tauchen auch in politischen Diskussionen immer häufiger auf, wenn es darum geht, wie Menschen, die an unterschiedlichen Polen eines gesellschaftlichen Machtverhältnisses stehen (Männer-Frauen, Schwarze und weiße Menschen...), miteinander handeln und streiten.

Anstelle der Nachteile, die die als anders markierte Person erfährt, nimmt die Kategorie des Privilegs die Vorteile ins Visier, die man als unmarkierte, der vermeintlichen gesellschaftlichen Norm entsprechende Person genießt, zum Beispiel als Individuum statt als Repräsentant in einer ethnischen Gruppe wahrgenommen zu werden oder vor verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen relativ sicher zu sein. Auch der unproblematische Zugang zu bestimmten sozialen Räumen oder die Unterstellung von Kompetenz gehört in die Reihe dieser Vorteile bzw. »Privilegien«. Damit rückt der Fokus bei der Analyse von Rassismus weg von individuellen rassistischen Einstellungen hin zur Alltagserfahrung und der Art und Weise, wie Formen von Marginalisierung das alltägliche Leben strukturieren.

Inzwischen wird das Konzept auf eine ganze Reihe weiterer Formen sozialer Ungleichheit angewendet. Demzufolge sind nicht nur Weiße, sondern zum Beispiel auch Männer, Cis-Menschen (Menschen, die sich mit dem Geschlecht identifizieren, mit dem sie sozialisiert wurden), schlanke Menschen oder Menschen ohne Behinderung privilegiert. Auch in der feministischen Debatte, vor allem im englischsprachigen Raum, ist das Konzept mittlerweile so verbreitet, dass sowohl eher subkulturell orientierte Publikationen wie das Bitch Magazine wie auch die linksliberale Qualitätspresse wie der Guardian mit Artikeln zu Fragen der Privilegien aufwarten.

Was das Privilegienmodell erklären kann

Nun ist Deutschland im Hinblick auf Inklusion von Menschen, die nicht der gesellschaftlichen Norm entsprechen, im Vergleich zu vielen europäischen Nachbarländern ein Entwicklungsland. Das Bewusstsein, dass Rassismus mehr als der sprichwörtliche Baseballschläger- schwingende Nazihool sein kann und Sexismus nicht erst dort anfängt, wo sich (mehrheitlich nicht-biodeutsche) Männerhorden wie zu Silvester in Köln zu gewalttätigen Übergriffen auf Frauen zusammenfinden, fehlt vielerorts. Und so sollte man meinen, dass eigentlich nur die übellaunigsten Verelendungstheoretiker_innen, die jede gesellschaftliche Verbesserung vor der Revolution für konterrevolutionär halten, etwas dagegen haben könnten, dass Behördenmitarbeiter_innen Antirassismustrainings erhalten, die linke Szene nachdrücklicher an die Notwendigkeit barrierefreier Veranstaltungen erinnert wird oder genderneutrale Toi-

letten eingerichtet werden. Warum also hat sich die Frage der Privilegien zu einem solchen Spaltpilz innerhalb der Linken entwickelt?

Ein erstes Problem ist die Frage, was das Privilegienmodell überhaupt erklären kann. Auch wenn regelmäßig auf den strukturellen Charakter der unterschiedlichen Mechanismen der Marginalisierung verwiesen wird, so ist der Zugang dieses Ansatzes notwendig ein individualisierender, der lediglich die Reflexionsformen gesellschaftlicher Verhältnisse ins Visier nimmt und die Veränderung des individuellen Verhaltens anstrebt. Tatsächlich folgt aus der Selbstmarkierung als privilegiert erst einmal wenig - außer dem guten Gefühl, auf der Seite der Aufgeklärten zu stehen und damit schon ein Stück besser als all jene zu sein, die es noch nicht zu dieser Einsicht gebracht haben. In der verbreiteten Rede von »unverdienten Privilegien« klingt schon ein Hauch moralischer Verderbtheit an. Dabei wäre zu fragen, ob es wirklich ein Privileg und nicht vielmehr der anzustrebende Normalzustand ist, nicht dauernd von verdachtsunabhängigen Polizeikontrollen belästigt zu werden.

Die Rede vom Privileg legt nahe, die »positive« Abweichung statt die (rassistische) Benachteiligung als Problem zu identifizieren.[1]

Das Konzept sieht vor, dass die Einsicht in eigene Privilegierung eine Umkehr der gesellschaftlichen Machtverhältnisse in der politischen Praxis bewirken soll: Die Privilegierten nehmen sich zurück und begnügen sich mit der Rolle der Alliierten. Sie richten sich in ihren Aktivitäten nach den Bedürfnissen der von Marginalisierung Betroffenen: Geflüchtete definieren die Agenda migrationspolitischer Kämpfe, Unterstützer_innen können sich diesen Kämpfen dann anschließen; Frauen haben das letzte Wort in der Frage, wo ein sexistischer Übergriff beginnt und wie dagegen vorzugehen sei.

Das wirft jedoch das Problem auf, dass dabei eine einheitliche Position der Marginalisierten unterstellt und so der homogenisierende Charakter gesellschaftlicher Stereotypisierungen in vermeintlich kritischer Absicht erneuert wird.

Diese Tendenz zur Essenzialisierung hat sich in den letzten Jahren insbesondere in den Diskussionen um kulturelle Aneignung (cultural appropriation) bemerkbar gemacht, etwa da, wo weiße HipHop- oder Soul-Künstler_innen dafür kritisiert werden, dass sie in und mit einer schwarzen Kultur Karriere machen. Der Vorwurf der cultural appropriation verteidigt eine vermeintlich homogene, authentische Kultur der Subalternen gegen ihre kolonialistisch-kulturindustrielle Ausbeutung - eine Argumentation, die nicht mehr zwischen rassistischer Karikatur und kulturellen Vermischungsprozessen unterscheidet und reaktionäre Vorstellungen von kultureller Reinheit impliziert.

Marginalisierung wird zur Ressource

Zweifellos können die Erfahrungen Marginalisierter die blinden Flecken vermeintlich universalistischer Positionen aufdecken und somit ein wichtiges Korrektiv sein. Doch wie Erfahrungen gedeutet werden, ist eine politische Frage, weshalb sich auch - die Heterogenität von Menschengruppen, die nur ein Merkmal teilen, vorausgesetzt - für nahezu jede erdenkliche Position eine marginalisierte Gewährsperson finden lässt. Das Modell des Alliiertseins läuft so genau auf jene Alibipolitik (»Aber mein schwarzer Arbeitskollege hat gesagt...«) hinaus, die eigentlich vermieden werden soll. Unversehens mündet die Verabsolutierung der Marginalisierungserfahrung in eine Art Wissenssoziologie: Wahr ist eine Aussage nicht aufgrund ihres Inhalts, sondern aufgrund der gesellschaftlichen Position der Sprecher_in. Damit ist sie aber auch gegen jede Kritik immunisiert, was letztlich einer Art wohlmeinender Entmündigung gleichkommt. Es sei denn, die Kritik kommt von jemandem in noch marginalerer gesellschaftlicher Position. Statt sich darüber auseinanderzusetzen, welche politischen Schlüsse aus spezifischen Marginalisierungserfahrungen zu ziehen wären, hat Recht, wer am unterdrücktesten ist.

So wird durch den Versuch einer Umkehr gesellschaftlicher Machtverhältnisse eine Position der Marginalität - als gleichermaßen moralisch unverdächtig und maßgeblich - mit symbolischem Kapital ausgestattet und erstrebenswert. Das mag erklären, weshalb in privilegientheoretisch operierenden Milieus die eigene Verletztheit häufig so sehr ins Zentrum rückt und ihre Akteure gern mit einem der Psychopathologie entlehnten Vokabular von posttraumatischen Belastungsstörungen und Triggern operieren. Die Forderung nach Respekt und gleichwertiger Teilhabe verkehrt sich so in eine nach Schutzräumen - was zur therapeutischen Bewältigung von Gewalterfahrungen sicherlich seine Berechtigung hat, als politisches Konzept aber auf Selbstentmächtigung hinausläuft.

An den Institutionen gesellschaftlicher Herrschaft rüttelt man nicht durch den Hinweis, dass sie mehrheitlich von weißen Cis-Männern besetzt sind. Auch ein umfassend diversifizierter Kapitalismus bleibt ein System der Ausbeutung. Vielmehr ginge es darum, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu beenden, aufgrund derer bestimmte Gruppen von Menschen einen privilegierten Zugang zu Ressourcen haben. Hierzu braucht es kollektives Handeln.

Insofern ist die Bereitschaft zur Auseinandersetzung und Empathie mit Bedürfnislagen, die über den eigenen begrenzten Erfahrungshorizont hinausreichen, keine bloße moralische Forderung, sondern vielmehr strategische Bedingung einer noch herzustellenden Kollektivität, die ein solches Handeln erst möglich macht. Doch das ist ein Prozess, den die Verabsolutierung gesellschaftlicher Positionierungen, wie sie die derzeitige privilegientheoretisch unterfütterte Praxis auszeichnet, tendenziell verunmöglicht.

Von: Anja Hertz in analyse & kritik Nr. 613

1 Eine interessante Untersuchungsaufgabe wäre es, die Privilegientheorie und die mit ihr verbundene politische Praxis in eine Geschichte der linken Bemühungen um Selbstreflexivität und revolutionäre Moral einzuordnen und zu ergründen, wie das mit einer Position der gesellschaftlichen Stärke oder Schwäche linker Bewegungen und mit gescheiterten Revolten zusammenhängt

Solidarität muss praktisch werden! Schreibt den gefangenen Genoss*innen!

Aus: Sonderausgabe der Roten Hilfe zum Tag der politischen Gefangenen am 18.März

Es ist wichtig, dass eine Bewegung ihre Gefangenen nicht vergisst – sie sind unsere Genoss*innen und brauchen unsere Solidarität! Deshalb ist es umso notwendiger, dass innerhalb der Bewegung die Unterstützung Gefangener, z. B. das Schreiben an sie, das Schicken von Paketen, der Besuch bei ihnen wieder stärker in die breite Basis getragen wird. Das Schreiben ermöglicht, mit ihnen in direkten Kontakt zu kommen und sollte der erste Schritt sein. Wir haben nachfolgend einige Tipps für Interessierte zusammengetragen, die euch hoffentlich helfen, das Thema anzugehen.

Was schreibe ich Gefangenen?

Der sicherlich bekannteste und einfachste Weg ist, Postkarten oder einen Brief zu schreiben, allein oder zusammen mit anderen Genoss*innen. Dazu könnt ihr Plakate etc. von Veranstaltungen mit Widmungen/Unterschriften/Grüßen mitschicken. Auch Zeitschriften und Ähnliches kommen bestimmt gut an. So könnt ihr die Gefangenen an eurem politischen Leben ein kleines Stück partizipieren lassen.

Wenn ihr Gefangenen schreibt, müsst ihr bedenken, dass Post mitgelesen wird! Außerdem kommt es vor, dass Briefe aufgehalten, verzögert oder gar „verlegt“ werden. Daher ist es am besten, die Briefe zu nummerieren, um ein eventuelles Nichtankommen von Briefen zu registrieren. Einzelne Haftanstalten begrenzen die Anzahl der Briefe, welche ein*e Gefangene*r schreiben oder erhalten darf. Wenn du glaubst, dass ein Brief von der Knastaufsicht aus dem Verkehr gezogen worden ist, frage am besten gleich nach dem Grund dieser Zensurmaßnahme. Sicherer sind natürlich eingeschriebene Briefe, weil diese in der Regel in Anwesenheit des/der Gefangenen geöffnet werden müssen. Aber eine hundertprozentige Sicherheit gibt es leider nie.

Erwarte nicht unbedingt eine Antwort auf deinen Brief oder deine Karte. Die Inhaftierten werden womöglich die Briefmarken und die Umschläge selber kaufen müssen, und die meisten sind sicherlich keine Millionär*innen. Einige Gefängnisse erlauben, dass Briefmarken oder frankierte Umschläge mit der Post hineingeschickt werden. Klärt einfach mit dem*der betreffenden Gefangenen, ob das möglich ist, und legt euren Briefen dann entsprechend Briefmarken bei.

Auf deinen Briefumschlag solltest du stets die Adresse des*der Absender*in draufschreiben, nicht nur, damit der*die Inhaftierte dir antworten kann, sondern auch, weil einige Gefängnisse keine Briefe ohne Absender*innen durchlassen. Natürlich muss dies nicht unbedingt deine eigene Adresse sein, aber berücksichtige, dass Postfach-Adressen nicht allzu gerne akzeptiert werden. Falls ihr Bücher oder Informationsmaterial schicken wollt, erkundigt euch bei den Gefangenen über die diesbezüglichen Haftbestimmungen. Diese können zwischen Justizvollzugsanstalten (JVAs) unterschiedlich sein.

Wie könnt ihr das Schreiben an Gefangene gestalten und organisieren?

Ihr könnt z. B. auf euren Veranstaltungen (oder Soli-Tresen oder Küfas) Postkarten bereitlegen und die Besucher*innen direkt auffordern, einen kurzen Grußzu schreiben. Oder ihr könnt auf das Plakat/den Flyer dieser Veranstaltungen etwas Persönliches schreiben lassen und das dann schicken. Geht selbst mit gutem Beispiel voran und animiert so andere dazu! Wenn ihr Infostände betreut, andere Veranstaltungen mitorganisiert usw., macht es sich auch gut, Postkarten und Gefangenenadressen parat zu haben, um Interessierten gleich die Möglichkeit zu geben, aktiv zu werden. Und falls euch mal nichts einfällt, was ihr schreiben könnt, malt einfach etwas. Jeglicher Ausdruck von Solidarität ist willkommen!

Wie schreibe ich Gefangenen?

Eines der Hauptprobleme, das Leute davon abhält, Inhaftierten zu schreiben, ist, dass es ungewohnt ist, einer „fremden“ Person zu schreiben. Es handelt sich dabei um ein Problem, das die meisten von uns überwinden müssen, deshalb hier einige kurze Tipps. Natürlich handelt es sich nicht um starre Richtlinien, unterschiedliche Menschen schreiben eben auch unterschiedliche Briefe. Schreibe beim ersten Kontakt, welche*r du bist, welcher Gruppe/Organisation du angehörst und wie du von seinem*ihrem Fall gehört oder gelesen hast. Schreibe vielleicht auch ein paar kurze Worte zu deiner politischen Einstellung, so dass der*die Gefangene entscheiden kann, ob er*sie mit dir in Kontakt bleiben möchte. Besonders, wenn du die Gefangenen nicht vor ihrem Haftantritt gekannt hast, möchten sie mehr über dich wissen.

Wie ausführlich du bist, bleibt alleine dir überlassen. Du musst nur immer bedenken, dass die Post auch von den staatlichen Autoritäten gelesen wird. Versuche, diesen ersten Brief recht kurz zu halten und nur das Nötigste zu schreiben, weil es besser ist, die Leute nicht gleich zu überfordern. Außerdem begrenzen einige Vollzugsanstalten den Umfang der Briefe. Ratsam sind Briefe bis zu vier DIN A4-Seiten. Wenn du politischen Gefangenen schreibst und ihn/sie für „unschuldig" hältst, erwähne dies kurz, weil es das wichtige Gefühl vermittelt, dass du nicht an die staatliche Version glaubst.

Viele, die Gefangenen schreiben, haben Angst, über Dinge aus ihrem eigenen Leben zu sprechen, weil sie glauben, dass es die Inhaftierten deprimieren könnte oder diese gar nicht daran interessiert seien. In einigen Fällen kann dies auch mal zutreffen, aber insgesamt kann ein Brief der hellste Punkt eines Tages hinter Gittern sein. Das Leben im Knast ist todlangweilig, und jegliche Nachricht, egal, ob sie von einer bekannten oder unbekannten Person kommt, ist eine willkommene Abwechslung. Benutze deinen Verstand und dein Mitgefühl, schreibe über nichts, was der*dem Gefangenen Schwierigkeiten mit der Anstaltsleitung oder irgendeiner*m anderen Probleme mit der Staatsmacht einbringen könnte.

Sie sind dort drinnen für uns, wir sind hier draußen für sie!

Für die Gefangenen aus unserer Bewegung, unseren Zusammenhängen und unseren Kämpfen (wie z.B. Streiks, Kriegsdienstverweigerung, Mitglieder revolutionärer Gruppen usw.) ist es enorm wichtig, sie in den weitergehenden Widerstand miteinzubeziehen, das heißt, ihnen von nichtkriminalisierbaren Aktionen zu er zählen, ihnen Zeitschriften zu schicken, wenn sie diese wollen, und mit ihnen Strategien und Ideen zu diskutieren, denn „Politische" werden in der Regel im Knast isoliert. Einige können eventuell auch nichts mehr von Klassenkampf und Revolution hören, möchten nur den Kopf senken und ihre Strafe absitzen. Dies müssen wir selbstverständlich genauso respektieren. Wenn du Unterstützung oder gar eine Kampagne für eine*n Gefangene*n anbieten möchtest, so ist es am besten, realistisch zu bleiben bezüglich dessen, was du auch wirklich erreichen und umsetzen kannst. Für eine Person, die eine sehr lange Zeit hinter Gittern verbringen muss, kannst du wie ein sehr starker Hoffnungsschimmer erscheinen – es ist wichtig, die Hoffnung auf recht zu erhalten, aber keine falschen Illusionen zu kreieren. Wenn ein*e Gefangene*r dir glaubt, diese Erwartungen aber nicht erfüllt werden, so kann dies in Desillusion und Depression enden. Knäste sind da, um Menschen voneinander zu isolieren. Deshalb müssen wir die Verbindung nach draußen gewährleisten. Direkter Kontakt mittels Briefverkehr ist einer der besten Wege, Gefangene nicht allein zu lassen gegenüber staatlichen Kontroll- und Disziplinierungsinstanzen.

Solidarität ist unsere Waffe!

Hier findet ihr zahlreiche Adressen:

political-prisoners.net
18maerz.de
abc-berlin.net
brightonabc.org.uk (mit ausführlichen Informationen zu den einzelnen Gefangenen)
http://demokratiehintergittern.blogsport.de (Adressen kurdischer Gefangener)
thejerichomovement.com/prisoners.html (zu politischen Gefangenen of Colour in den USA)
etxerat.info/index.php/es/pres-s/listado-direcciones (baskische Gefangene)
mumia-hoerbuch.de
leonardpeltier.de
freejock.com

PARTY & KONZERTE:

Fr. 15.4. 21:00 Alhambra

Fr. 15.4. 19:30 Polyester

Fr. 6.5. 22:00 Alhambra

1.Mai-Soliparty
Fr. 22.4. 22:00 Alhambra

AKTION:

Bad Oldesloe bleibt nazifreie Zone!
www.antifainfo.de/?p=2434

Ende Gelände!
Kohlebagger stoppen - Klima schützen!

Lausitz Pfingsten 2016

Für gemeinsame Anreise achtet auf Ankündigungen

ende-gelaende.org

Werbung für den Infoladen

Infoladen Roter Strumpf

kaffee ... tee ... zeitschriften ... bücher

Über den Verkauf von alternativ gehandelten Produkten (Kaffee) sollen Projekte in Asien, Lateinamerika und Afrika finanziell und ideell unterstützt werden, die Alternativen jenseits der kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen aufzeigen. Dadurch sollen die Ausbeutungsstrukturen zwischen dem Norden und dem Süden perspektivisch aufgehoben werden. Wir verkaufen ausschließlich Produkte, die den Kriterien des alternativen Handels genügen:

- Festpreise, die über dem Weltmarktpreis liegen
- Kontinuierliche Handelsbeziehungen
- Vorfinanzierung der Ernte bzw. der Produkte
- Produktion hauptsächlich für den Binnenmarkt und erst in zweiter Linie für den Export
- Die Produkte sollten unter vertretbaren Arbeitsbedingungen und vornehmlich mit landesüblich gewachsenen Methoden hergestellt werden.
- Unterstützung vom Aufbau eigener sozialer Infrastruktur (Bildung, medizinischer Versorgung usw.) der Kooperativen

- Unterstützung der Bauern und Bäuerinnen durch fachliche Berater_innen
- kein Handel des Kaffees über Kaffeebörsen, weitgehende Ausschaltung des Zwischenhandels im Erzeuger_innenland
- Alternative Handelsorganisationen arbeiten nicht gewinnorientiert

Ein Teil unserer Waren sind nach ökologischen Kriterien produziert, und wir unterstützen Projekte, die in kollektiven Strukturen demokratisch verwaltet werden. Unsere Handelsorganisationen sind café libertad, aroma zapatista und el rojito, deren Kriterien des alternativen Handels unseren Vorstellungen am nächsten stehen.

Außerdem verkaufen wir Zeitschriften, Bücher, Buttons, Aufnäher u.v.m. zur Unterstützung von Projekten, die den herrschenden Verhältnissen etwas entgegensetzen.

Öffnungszeiten

Do. 18 – 21Uhr

Termine

april

Fr. 1.4.	22:00	**Mash Up Di Place**
Sa. 2.4.	22:00	**Homophilias - Party für Lesben und Schwule**
Fr. 8.4.	19:00	**Veranstaltung Erinnerungspolitik**
Fr. 15.4.	21:00	**Unterste Schublade Konzert: Orängättäng; Koukoulofori; Kira Kanoa**
Sa. 16.4.	22:00	**Männerfabrik**
Fr. 22.4.	22:00	**Unterste Schublade: 1.Mai Party**
Sa. 30.4.	23:00	**Rosa Disco**

mai

Do. 5.5.	21:00	**Fat Hoshi Concerts: Static Means + Post Ford**
Fr. 6.5.	21:00	**Unterste Schublade Konzert: The Knuts**
Sa. 7.5.	22:00	**LesBiSchwule Mottoparty**
Fr. 13.5.	22:00	**Mash Up Di Place**
Sa. 14.5.	22:00	**Kneipenparty**
Sa. 21.5.	22:00	**Männerfabrik**
Sa. 28.5.	23:00	**Rosa Disco**

woechentlich

Mi.	18:30	**Awareness Treffen**
Mi.	20:00	**Jonglage / Akrobatik**
Do.	18:30	**Rhythm of Resistance Oldenburg**
Do.	20:30	**Vokü, danach Kneipe**
Do.	21:00	**Oldenburger Rechtshilfe**

monatlich

1. Mo.	20:00	**Offenes Vernetzungstreffen zur aktuellen Politik**
3. Mo.	20:00	**Offener antifaschistischer Treff**
1. Mi.	20:00	**FrauenLesbenInter*Trans*-Kneipe**
3. Mi.	21:00	**Punkkneipe**
4. Mi.	19:30	**Psychatriekritische Kneipe**
1. Do.	18:30	**‚Stop Deportation' - Gruppe**
2. Fr.	20:30	**Alhambra-Nutzer_innenplenum**

Infoladen „Roter Strumpf“

Öffnungszeiten
jeden Donnerstag 18:00 - 21:00

aktuelle Termine auch auf www.alhambra.de